

(A)

(C)

Stenographischer Bericht

426. Sitzung

Bonn, den 21. November 1975

Beginn: 9.35 Uhr

Präsident Osswald: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die 426. Sitzung des Bundesrates.

Die vorläufige **Tagesordnung** für die heutige Sitzung liegt Ihnen vor. Einziger Tagesordnungspunkt ist das Haushaltsstrukturgesetz. Gibt es zur Tagesordnung Wortmeldungen? — Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung festgestellt.

Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur (**Haushaltsstrukturgesetz** — HStruktG) (Drucksache 670/75, zu Drucksache 670/75).

(B)

Das Wort zur Berichterstattung für den Finanzausschuß hat Herr Finanzminister Professor Dr. Halstenberg, Nordrhein-Westfalen.

Prof. Dr. Halstenberg (Nordrhein-Westfalen), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Finanzausschuß, über dessen Beratungen ich zu berichten habe, empfiehlt die Anrufung des Vermittlungsausschusses.

In seinen **Vorschlägen im ersten Durchgang** hatte der Finanzausschuß eine sinnvolle Ergänzung des Sparprogramms der Bundesregierung angeboten, und mit Genugtuung ist festzustellen, daß der Bundestag einem großen Teil dieser Empfehlungen gefolgt ist; so zum dienstrechtlichen Teil und so zum Ausbildungsförderungsrecht. Anderen Vorschlägen dagegen ist der Bundestag nicht gefolgt. Der Finanzausschuß ist der Ansicht, daß der Bundesrat sich damit nicht zufrieden geben, sondern an seinen wichtigeren Begehren festhalten sollte.

Zum **dienstrechtlichen Teil** empfiehlt der Finanzausschuß erneut, die Aussetzung der Besoldungsfolge A 10 für nichttechnische Fachhochschulabsolventen nicht unbefristet, sondern nur bis zum 31. Dezember 1979 befristet festzusetzen. Dabei müssen wir von der Überlegung ausgehen, daß die Laufbahnen des technischen und des nichttechnischen Dienstes gleichwertig sind. Die bevorstehende Einführung einer durchgehenden Fachhochschulausbil-

dung für den nichttechnischen Bereich müßte daher auch — wie bei den Technikern — mit dem höheren Eingangsamt verbunden sein.

Mehrheitlich wiederholt der Finanzausschuß auch seine Änderungsvorschläge zum Krankenhausfinanzierungsgesetz und zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Die insoweit unveränderte Regierungsvorlage bewirkt im Bereich der **Krankenhausfinanzierung** erhebliche Belastungen der Länder und bringt damit im Ergebnis keine Entlastung des öffentlichen Gesamthaushalts. Auch der Änderung des Verteilungsschlüssels nach dem **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz** hinsichtlich der zweckgebundenen Mittel zwischen Straßenbau und dem öffentlichen Personennahverkehr zugunsten des letzteren meint der Finanzausschuß widersprechen zu sollen.

(D)

Ein weiteres Anliegen des Bundesrates aus dem ersten Durchgang war die Milderung der Anhebung des **Körperschaftsteuersatzes** für die **öffentlichen Sparkassen** und die **Kreditgenossenschaften**. Der Finanzausschuß verkennt keinesfalls, daß der Deutsche Bundestag dem Bundesrat einen Schritt entgegengekommen ist und die Anhebung der Steuersätze reduziert hat. Aber aus Gründen der Wettbewerbsneutralität sollte die steuerliche Belastung der genannten Kreditinstitute allerdings auf die durchschnittliche Belastung des privaten Bankgewerbes, nämlich auf 41 Prozent begrenzt werden.

Gestatten Sie mir abschließend zwei Bemerkungen zu den vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetzesänderungen zum **Bundeskindergeld**.

Die Einführung der Einkommengrenze von 750 DM beim Familienlastenausgleich für Kinder mit Ausbildungsvergütungen oder ähnlichen Bezügen findet breite Zustimmung. Der Finanzausschuß empfiehlt jedoch, diese Vorschriften nicht erst zum 1. Januar 1977, sondern bereits zum 1. Juli 1976 in Kraft zu setzen und damit den beabsichtigten Einsparungseffekt — mehr als 100 Millionen DM — teilweise schon 1976 eintreten zu lassen.

Keine Zustimmung dagegen verdient nach dem hier einstimmigen Votum des Finanzausschusses der Beschluß des Deutschen Bundestages, daß die **Länder**

- (A) **und Gemeinden den Kindergeldaufwand für ihre Bediensteten** über 1976 hinaus endgültig selbst tragen sollen. Die Empfehlung des Finanzausschusses, diese Belastungen zu streichen — das muß ich allerdings ehrlich sagen —, zielt nicht auf den materiellen Inhalt dieses Beschlusses, sondern darauf, daß uns eine andere Stunde für diese Entscheidung richtiger zu sein scheint.

Präsident Osswald: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Das Wort hat nunmehr Herr Ministerpräsident Dr. Stoltenberg.

Dr. Stoltenberg (Schleswig-Holstein): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir stimmen für die **Anrufung des Vermittlungsausschusses**. Die Gründe sind in dem Bericht des Finanzausschusses bereits großenteils genannt worden. Hinzu kommt die Aufnahme einiger weitergehender Anträge.

Leider haben Bundesregierung und Bundestag die **Änderungsvorschläge des Bundesrates im ersten Durchgang** nicht angemessen berücksichtigt, nicht einmal in den Punkten, in denen es um die Vermeidung von Belastungsverschiebungen und zum Teil willkürlichen Eingriffen ging. Damit muß die Koalition auch die volle Verantwortung für die Verzögerung des Gesetzgebungsverfahrens übernehmen.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, daß im Finanzausschuß bei den Einzelabstimmungen nahezu alle Bundesländer ein Vermittlungsverfahren für erforderlich gehalten haben, wenn auch mit abweichenden Voten bei den Einzelfragen.

- (B) Die Punkte für den Vermittlungsausschuß — auch unter Würdigung der heute zusätzlich eingebrachten Anträge — sind von unterschiedlichem politischen und sachlichem Gewicht. In einer Reihe von Fällen geht es darum, dem bedenklichen Versuch zu begegnen, in eine eilbedürftige Finanzvorlage auch solche politischen oder systematischen Veränderungen im Bund-Länder-Verhältnis oder in wichtigen Ressortbereichen vorzunehmen, die nicht zu echten Einsparungen für die öffentlichen Hände führen. Dies gilt zum Beispiel für die vom Herrn Berichterstatter schon erwähnten Probleme des Krankenhausfinanzierungsgesetzes.

Wir verschließen uns überhaupt nicht der Notwendigkeit, auch die gemeinsamen finanziellen Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden für den **Krankenhausbau** in die zeitliche Streckung wichtiger Maßnahmen einzubeziehen. Aber es ist nicht zu verstehen, weshalb der Bund versucht, in dem Zusammenhang das schlüsselmäßige anteilige System der Finanzierung zu Lasten der Gemeinden und Länder zu ändern. Wir lehnen auch eine Veränderung des Verfahrens zur Bedarfsfestlegung in diesem Bereich ab.

Auch der Versuch einer Veränderung des **Bundeskindergeldgesetzes** auf der Kostenseite zu Lasten der Länder und Kommunen hat mit den eigentlichen Zielen eines Haushaltsstrukturgesetzes nichts zu tun. Unverständlich ist ferner, daß die Bundesregierung versucht, in diesem Gesetz eine Änderung der

Auftellung der Mittel zwischen den Zuschüssen zum kommunalen Straßenbau und dem öffentlichen Personennahverkehr durchzusetzen. Dieser Eingriff in ein sorgfältig ausgewogenes System ist willkürlich und mit den erklärten Zielen des Gesetzes unvereinbar.

Bei der Regelung des **Aufwertungsausgleiches für die Landwirtschaft** treten wir für eine ausgewogenere Lösung ein. Ein voller Abbau kann erst dann diskutiert werden, wenn endlich in Brüssel das von der Bundesregierung schon lange verkündete und immer wieder verfehlte Ziel der Chancengleichheit in der europäischen Agrarpolitik erreicht worden ist.

Die steuerliche Mehrbelastung der **Sparkassen** schließlich muß da ihre Grenzen finden, wo schwere Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Kreditinstituten entstehen. Die Koalition hat es versäumt, die **Körperschaftsteuerreform** fristgerecht zu behandeln; eine der vielen gebrochenen Versprechungen. Deshalb bleiben ihre Vorschläge in diesem Punkt Stückwerk, kurzfristig improvisierte Eingriffe ohne eine zukunftsweisende Gesamtkonzeption für die rechtliche Stellung und steuerliche Behandlung des gesamten Kreditwesens.

Prinzipiellen Bedenken begegnet die geforderte **Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung** um vier Milliarden jährlich für die Unternehmen und die Arbeitnehmer. Dieser finanziell wichtigste Teil des bunten und unharmonischen Buketts — Artikelgesetz genannt — ist Anlaß zu einer grundsätzlicheren Auseinandersetzung mit der Finanzpolitik der Bundesregierung im Zusammenhang mit den wichtigsten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aufgaben.

Ich will hier im Einvernehmen mit den anderen unionsregierten Ländern zunächst das schon früher Gesagte nur kurz wiederholen.

Die von der Bundesregierung Ende August einer erstaunten Öffentlichkeit als **Sparbeschlüsse** dargestellten Vorlagen sind im wesentlichen Maßnahmen zur massiven **Erhöhung der Steuern und Abgaben**. Alle Zahlenkunststücke führen nicht daran vorbei: Die Regierungsparteien wollen die Belastung für die Bürger und die Wirtschaft in zwei Stufen um über 16 Milliarden DM jährlich erhöhen. Dem stehen echte Einsparungen durch Eingriffe in rechtliche Verpflichtungen von weniger als vier Milliarden DM gegenüber, also ein Verhältnis von vier zu eins bei Mehrbelastungen zu echten Einsparungen. Es ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn der Bundesfinanzminister immer wieder Minderausgaben im Etat, die sich durch die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung automatisch ergeben würden ohne weitere politische Entscheidung, als Ergebnis echter Sparbeschlüsse hinstellen will. Es ist auch eine Täuschung der Bürger unseres Landes, wenn die Bundesregierung den Eindruck zu erwecken versucht, mit ihren Vorlagen sei eine Sanierung der erschütterten Staatsfinanzen erreicht oder in unmittelbarer Sichtweite. Die vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer um über 11 Milliarden DM jährlich, das Kernstück der Regierungsbe-

(C)
(D)

- (A) schlüsse insgesamt, würde nach den jüngsten Aussagen der Bundesbank nicht einmal ausreichen, um die sprunghaft gestiegene Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte ab 1977 auszugleichen.

Solche Tatbestände — die erschreckende Zunahme der Verschuldung der öffentlichen Hände auf über 70 Milliarden DM jährlich, die Auszehrung der finanziellen Grundlagen unseres Systems sozialer Sicherung — machen deutlich, in welche Krisensituation uns eine verfehlte Regierungspolitik der SPD und FDP seit 1969 geführt hat.

Diese Jahre brachten einen ständigen Anstieg des Staatsanteils am Sozialprodukt von 37 Prozent auf heute fast 47 Prozent. Trotz ständiger Erhöhung der Steuern und Sozialabgaben zu Lasten der produktiven Investitionen unserer Betriebe für die Zukunftssicherung und zu Lasten der Bürger wuchsen die Fehlbeträge in den Haushalten schon vor der Rezession bedrohlich an.

Wenn die Bundesregierung an ihre eigene Behauptung glauben würde, die Finanzkrise sei allein — oder fast allein — das Ergebnis der Rezession, dann müßte sie konsequenterweise die massive Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge und der Steuern mit einer festen zeitlichen Befristung vorschlagen; denn dann würde ja im Zusammenhang mit dem erhofften und zu Grunde gelegten Aufschwung diese Ursache im Verlauf einiger Jahre entfallen. Sie weiß aber genau, daß auch eine neue wirtschaftliche Belebung keineswegs die Gesundung der öffentlichen Finanzen bringt, daß weitergehende schwere Eingriffe unvermeidlich sind.

(B)

Trotz der starken Erhöhung der Gesamtbelastung aus Steuern und Abgaben für die Bevölkerung und die Wirtschaft wurden somit astronomische Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten erzeugt. Dieser Anstieg der Gesamtbelastung von Steuern und Abgaben auf der einen Seite und noch schnellerer Anstieg der Defizite als Parallelentwicklung ist in der Tat eine **vernichtende finanzpolitische Bilanz** der letzten sechs Jahre.

Bis zum Sommer dieses Jahres wurden die Tatsachen und Gefahren entschieden abgeleugnet, und bis heute sind die Regierungsparteien nicht bereit, eine wirklich ehrliche Bilanz zu ziehen und wirklich durchgreifende Vorschläge für eine Lösung zu machen. Die Diskussion der letzten Monate hat klargemacht: Regierung und Parlament kommen um einschneidendere Eingriffe in die Staatsausgaben nicht herum. Das, was wir in den Ländern machen, muß insbesondere auch in Bonn konsequenter geschehen. Andernfalls werden den jetzigen massiven Steuer- und Abgabenerhöhungen weitere für die Bürger und die Volkswirtschaft unerträgliche Belastungen folgen, die offensichtlich auch schon, wie manche Andeutungen zeigen, für die Zeit nach der Bundestagswahl vorbereitet werden. Wir werden an diesem Marsch in die falsche Richtung und an dem problematischen Unternehmen unzulänglicher Teillösungen, den Teilwahrheiten auf Raten, nicht mitwirken.

Nach den in Mannheim verkündeten Vorstellungen des demokratischen Sozialismus mag eine weitere nachhaltige Erhöhung des Staatsanteils, die Vergesellschaftung immer neuer Lebensbereiche erstrebenswert sein. Mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Vernunft und einer liberalen Staats- und Gesellschaftsauffassung sind sie unvereinbar. Ein solcher Kurs würde zudem den ohnehin höchst unsicheren Aussichten auf eine anhaltende und starke Belebung der Wirtschaft deutliche Belastungen auferlegen und damit von den ökonomischen Voraussetzungen die wirkliche Chance zur Sanierung der Staatsfinanzen zunichte machen.

(C)

Eine Regierung, die bis heute nicht bereit ist, die eigentlichen Probleme, das Krankheitsbild unserer Finanz- und Volkswirtschaft, offen zu beschreiben, wird auch morgen nicht die Mittel finden, um zu einer Heilung zu kommen. Statt einer ehrlichen Diagnose der Krise haben wir soeben auf dem **Parteitag der führenden Regierungspartei** eine Darstellung der Selbstgefälligkeit, der erneuten Verschleierung und der massiven Verketzerung des politischen Gegners erlebt, die ohne Zweifel Wirkungen auf die Auseinandersetzung in unserem Land haben wird. Für uns kann dies nur Veranlassung sein, unsere eigenen Auffassungen zu der verfehlten Regierungspolitik noch deutlicher zu vertreten, Verantwortlichkeiten, Tatsachen und Bedingungen für einen Neuanfang noch klarer beim Namen zu nennen.

Wir haben uns auch hier im Bundesrat in den letzten Jahren um Augenmaß und das richtige Verständnis der Aufgaben und Grenzen dieses Verfassungsorgans bemüht. Jahrelang wurden wir von Mitgliedern der Bundesregierung und der Koalition deshalb als „Reformgegner“ und „Bremser“ abqualifiziert, wenn wir durch Anträge und die Einleitung von Vermittlungsverfahren für eine nach unserer Überzeugung bessere Politik warben, die den oft beschworenen Gefahren der Überforderung unseres Staates, unserer Volkswirtschaft und unserer Mitbürger Rechnung tragen sollte.

(D)

Wir haben niemals beansprucht, als **Mehrheit des Bundesrates** die Gesamtrichtung der deutschen Politik und Gesetzgebung bestimmen zu wollen. Damit hätten wir uns im Verhältnis der Verfassungsorgane zueinander übernommen.

Der Bundesrat kann für wirksame Verbesserungen in der legislativen Arbeit eintreten. Er hat sie auch in den letzten sechs Jahren bei vielen Vorlagen erzielt. Aber wenn wir vor der Alternative standen, große Bundesgesetze entweder zum Scheitern zu bringen oder nach begrenzten Korrekturen trotz mancher Mängel passieren zu lassen, haben wir in der Regel den zweiten Weg gewählt, nicht ohne unsere abweichenden Auffassungen für jedermann sichtbar zu machen.

Ob dies rückblickend in allen Fällen richtig war, ob wir uns nicht gegebenenfalls in einigen Fragen zu kompromißbereit gezeigt haben, das ist mir nach der Debatte der letzten Monate zweifelhaft. Denn wir werden auf gar keinen Fall den Versuch hinnehmen können, daß uns die Verantwortlichen der Bundesregierung und der Koalition, wie es jetzt draußen

(A) im Lande permanent geschieht, plötzlich in die volle Mithaftung für ihre verfehlte Politik nehmen wollen, daß die „Bremser“ und „Reformgegner“ von gestern heute die Mitschuldigen oder gar die Vorreiter des falschen Kurses sein sollen. Diejenigen, die 1969 unter dem politisch gescheiterten Bundeskanzler Brandt auszogen, das neue Deutschland zu schaffen, können sich jetzt nicht mit fragwürdigen Behauptungen oder auch Zahlenspielerien aus der Verantwortung dafür stellen, daß unser Land finanziell und volkswirtschaftlich heruntergewirtschaftet wurde und daß sie mit den Folgen der selbst verschuldeten Krise nicht fertig werden.

Ich sage das hier mit aller Deutlichkeit, nachdem ausgerechnet in dieser Zeit in den letzten Wochen in der öffentlichen Debatte über das Verhältnis der Parteien zueinander und auch über die Rolle des Bundesrates neue Gräben aufgerissen wurden. Wir werden die echten gesetzlichen Einschränkungen von Leistungen mit dem Mindestmaß notwendiger Veränderungen passieren lassen, weil wir die **Sparvorschläge der Bundesregierung** in Übereinstimmung mit fast allen unabhängigen Fachleuten der Wissenschaft und Publizistik für nicht ausreichend halten. Damit verhalten wir uns, wie ich glaube, auch unter dem Vorzeichen der härteren innenpolitischen Auseinandersetzung verantwortungsbewußter als jemals eine Oppositionspartei in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Aber wir stimmen der falschen Gewichtung massiver Erhöhung von Steuern und Abgaben und demgegenüber relativ begrenzter Sparbeschlüsse nicht zu. Der Versuch, durch die gesetzestechnische Verbindung in der vorliegenden Vorlage der Sparbeschlüsse mit der massiven **Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung** gleichsam einen Zustimmungszwang zu schaffen, wird erfolglos bleiben. Wir bestehen im Vermittlungsverfahren auf der **Trennung** dieser beiden völlig **unterschiedlichen Elemente**, die nicht in einem Gesetz zusammengehören.

Es ist, meine Damen und Herren, die verfassungsmäßige Pflicht der Bundesregierung, Vorlagen für die erforderlichen zusätzlichen Kürzungen einzubringen. Sie möchte offenbar seit einigen Wochen gern über konkrete Einzelanträge der Opposition zu diesem unangenehmen Thema reden, um die öffentliche Diskussion von ihren umstrittenen Vorschlägen, ihren eigenen Fehlern und Versäumnissen abzulenken und uns in der sattsam bekannten Art des Herrn Brandt dann der „sozialen Demontage“ zu bezichtigen. Wir machen keine Arbeitsteilung mit, in der die Regierung zunächst Wohltaten, Leistungen und Wahlgewinne verteilt und die Opposition dann den besonders unpopulären Part der Einsammlung eines Großteils dieser Leistungen federführend übernimmt.

Ich rate Ihnen, Herr Finanzminister, daß Sie sich in der Tat ernsthaft bemühen, den **Spielraum weiterer Einsparungsmöglichkeiten** jetzt auszuschöpfen, daß Sie dem deutschen Volk nun offen sagen, welche weiteren Einschränkungen im Staatshaushalt unvermeidlich sind, und welche Änderungen im Bereich der Sozialversicherung. Denn eine Politik der An-

deutungen, wie sie von der Bundesregierung etwa in Verbindung mit der Rentenversicherung schon beginnt, ist schlechter als die Klarheit über gegebenenfalls notwendige Veränderungen. Wir werden dann Ihre Vorlagen mit demselben Verantwortungsbeußtsein nach unseren Einsichten prüfen wie jetzt die vorliegenden Beschlüsse.

Der Sozialbeirat der Bundesregierung und die Bundesbank haben in den letzten Tagen übereinstimmend klar zum Ausdruck gebracht, daß die Aussagen des Kabinetts zur **Finanzlage der Rentenversicherung** Schönfärberei sind. Seit über zwei Jahren wird die **Kostenexplosion in der Krankenversicherung** diskutiert. Die Beiträge für die Versicherten steigen in diesem Jahr weiter erheblich an. Ein überzeugendes Konzept der verantwortlichen Bundesregierung gibt es bis heute nicht. Sie verweigert die Auskunft, was konkret geschehen soll. Der improvisierte Vorschlag in dem uns jetzt vorliegenden Artikelgesetz, die staatliche Aufsicht über die Haushalte der Selbstverwaltung zu verstärken, kann nicht als ein ernsthafter, überzeugender Beitrag zur Lösung dieses gewaltigen Problems angesehen werden. Er würde nach unseren ersten Schätzungen zu einem erheblichen Mehraufwand an Verwaltungskosten führen. Im übrigen stehen diese neuen Vorschläge im Gegensatz zu Bestimmungen des Gesetzentwurfs derselben Bundesregierung über das Selbstverwaltungsrecht in der Sozialversicherung, der, wenn ich richtig unterrichtet bin, zur Zeit noch im Bundestag beraten wird. Auch hier gibt es bis in die Einzelheiten der Gesetzesvorschläge hinein nur ein problematisches Stückwerk, ein zum Teil hektisches Agieren mit schwerwiegenden sachlichen Widersprüchen an Stelle einer überzeugenden Antwort.

Die Bundesregierung belastet auch in diesen Monaten jede ernsthafte **Debatte über zusätzliche Einsparungen** durch massive Polemik oder zumindest abwertende Kommentare gegen alle, die aus ihrer Verantwortung konkrete Beiträge liefern. Der Präsident des Bundesrechnungshofes hat im einzelnen überzeugend dargelegt, daß erhebliche zusätzliche Einsparungen im Personal- und Verwaltungshaushalt des Bundes möglich sind. Die ersten Reaktionen aus den Reihen der Bundesregierung waren negativ, in der Sache und in der Form unangemessen.

Der Vorsitzende der Sparschutzgemeinschaft hat Überlegungen vorgetragen, zusätzliche Kürzungen bei der Sparförderung vorzunehmen. Dieser nach meiner Auffassung ernst zu nehmende Diskussionsbeitrag wurde vom Bundeskanzler im Parlament mit einer überheblichen Zurechtweisung beantwortet. Dies ist, wie ich glaube, bei der vorgegebenen finanzwirtschaftlichen Lage ein ganz schlechter Stil, der dem Ernst der Situation und übrigens auch unserem Verständnis der Art der Diskussion in einer freiheitlichen Demokratie in keiner Weise entspricht.

Wir sind bereit, in diesen beiden Punkten Vorschläge der Bundesregierung ernsthaft zu prüfen, ebenso wie ausgewogene Eingriffe im Bereich der Subventionen. Der Bund sollte seine Mittel für die

- (A) Propaganda- und Informationsarbeit kürzen, anstelle ausgerechnet jetzt neue Titel zu schaffen und vorhandene Ansätze erheblich aufzustocken. Er sollte seine weit über die rechtlichen Zuständigkeiten hinausgehenden Förderungsmittel für Einzelvorhaben der Bildungspolitik im Verantwortungsbereich der Länder einschränken und statt dessen seine Verpflichtungen und Zusagen in der Forschungsförderung einhalten.

Der Bundeskanzler selbst, meine Damen und Herren, hat ja vor zwei Monaten, im September, im Bundestag gesagt, es ließen sich bei großen Anstrengungen wohl noch ein bis eineinhalb Milliarden DM im Etat einsparen; im Gegensatz zum Bundesfinanzminister, der wiederholt meinte, wer mehr sparen wolle, der tue dies auf Kosten der Rentner oder der äußeren Sicherheit.

Zu diesen Diskussionen muß man, wie ich glaube, eines noch einmal deutlich betonen: Die schreckliche Finanzkrise der öffentlichen Hände ist nicht ein Problem der nächsten 12 oder 24 Monate; ihre Folgen werden uns noch viele Jahre belasten und schwer zu schaffen machen.

Durchgreifende Sparvorschläge der Bundesregierung, die in ihren Wirkungen auf eine längere Zeitspanne aufzgliedern sind, können deshalb nicht weiter vom Bundesfinanzminister mit der Behauptung abgelehnt werden, auf diese Weise gefährde man den Aufschwung durch prozyklisches Verhalten. Sie haben vor kurzem gesagt, Herr Finanzminister — ich glaube, im Deutschen Bundestag —: Wir wollen uns nicht kaputtsparen. Ich glaube, das ist nicht das Problem einer mittelfristigen Betrachtung der finanzwirtschaftlichen Aufgaben und Sorgen. In den nächsten Jahren leben wir, wie Ihre eigenen Experten wissen und sagen, in der akuten Gefahr, durch eine astronomische Schuldenpolitik den Geld- und Kapitalmarkt kaputtzumachen — um diese Vokabel zu übernehmen —, den Aufschwung bereits im Anfangsstadium von der Finanzierungsseite her abzuwürgen und die Zukunft in nicht mehr vertretbarer Weise vorzubelasten.

Ich habe ähnlich wie Sie, Herr Finanzminister, und wie andere in diesem Kreise in den letzten Wochen mit einer Reihe angesehener, unabhängiger Sachverständiger der Bank- und Finanzwirtschaft diskutiert, wie es überhaupt möglich ist, bei den heute schon vorgegebenen Daten der Verschuldung und der Probleme des Zins- und Kapitaldienstes in den nächsten Jahren bei kurzen Laufzeiten, die wir alle kennen, die Finanzierung dieser Größenordnung zu sichern, ohne den dringendsten Finanzbedarf der Wirtschaft und der privaten Seite, die wir für die Belegung dringend brauchen, zu gewährleisten. Die Mehrzahl der Befragten haben Zweifel, ob dies überhaupt noch ohne ernsthafte Zielkonflikte und Schäden erreichbar ist. Das muß man, glaube ich, sehen, wenn man über das Thema der zukünftigen Finanzpolitik und auch über die Rolle weitergehender Einsparungen ernsthaft debattiert.

Es geht nicht darum, daß alles ab 1. Januar kommenden Jahres oder auch übernächsten Jahres in Kraft gesetzt wird; es geht darum, Maßnahmen zu suchen und zu finden, Vorschläge der Bundesregierung vorzulegen, die die gesamte Periode mindestens bis 1980 in ihren abgestuften Wirkungen im Auge haben. (C)

Die verfehlte Politik der Bundesregierung hat damit nicht nur die Finanzkrise verursacht, sondern entscheidend zur wirtschaftlichen Rezession, zur Massenarbeitslosigkeit, zur Existenznot zahlloser Betriebe und vor allem auch der dramatischen Verschlechterung der beruflichen Chancen der Jugend beigetragen. Auch hier sind die Verantwortlichen bis heute nicht zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme bereit.

Die internen Reden des zuständigen Bundesministers, die Denkschriften seiner leitenden Beamten zeugen von ganz anderen Einsichten in die Ursachen der ökonomischen und sozialen Krise, ihre Folgen und die Erfordernisse einer besseren Politik als die Aussagen der Bundesregierung für die Öffentlichkeit.

Der Bundeskanzler verwendet hier seit Monaten in immer neuen Variationen ein ebenso einfaches wie falsches Grundmuster der Darstellung. Schuld an der Krise in der Bundesrepublik ist die Weltrezession; Garant für den Aufschwung ist die Bundesregierung. „Mit der SPD den Aufschwung wählen“, hieß die bekannte Parole vor den Landtagswahlen des Frühjahrs. Wenn es nicht klappt, haben immer andere schuld: das Ausland; gelegentlich auch noch die Unternehmer, die angeblich nicht investieren, um der Regierung zu schaden; selbstverständlich die Opposition, die im Bundesrat „Obstruktion“ betreibt und Krisenangst schürt. (D)

Der Bundeswirtschaftsminister hat in seiner schon mehrfach zitierten internen Rede vor dem FDP-Bundesvorstand am 23. Juli ein ganz anderes Bild für die Ursachen der Krise gezeichnet. Er wies in aller Deutlichkeit auf die sich seit Jahren steigernde Belastung der Betriebe durch zu hohe Steuern und Abgaben, absinkende Erträge, seit 1971 nachlassende Investitionen und die Verunsicherung vieler Bürger durch radikale gesellschaftspolitische Parolen hin. Folgerichtig verlangte er, daß keine weiteren Steuererhöhungen beschlossen werden sollen und die Defizite über drastische Einsparungen verringert werden müßten. Er übernahm unsere Forderungen nach Steuererleichterungen zugunsten der Unternehmen als Schlüssel für mehr Investitionen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Um so überraschender ist die Zustimmung desselben Bundeswirtschaftsministers und seiner Partei zu den genau entgegengesetzten Steuer- und Sparbeschlüssen des Kabinetts vier Wochen später. Nichts von den besseren Einsichten ist hier wirksam geworden. Zwischen dem liberalen Fest- und Versammlungsredner Friderichs einerseits und dem für immer schwerere Fehlentscheidungen und Versäumnisse dieser Bundesregierung mitverantwortlichen Bundeswirtschaftsminister andererseits ergibt sich ein immer deutlicherer und politisch zunehmend un-

- (A) erträglicher Gegensatz. Ich sage das auf dem Hintergrund einer neuen, sehr eindrucksvollen Stellungnahme.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat Ende Oktober in einer internen Vorlage für die **Konzertierte Aktion** noch einmal jene Einsichten und Forderungen besonders eindringlich formuliert, die bis heute von der Kabinettsrunde im Palais Schaumburg mißachtet oder sogar öffentlich bestritten werden. In dieser Denkschrift des Bundeswirtschaftsministeriums heißt es: Die hohe Arbeitslosigkeit läßt sich auf mittlere Sicht nur abbauen, wenn die Anteile des Staatsverbrauchs und des privaten Verbrauchs an der Verwendung des Sozialprodukts deutlich sinken und entsprechend die Brutto-Anlageinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft bis 1980 jährlich real um durchschnittlich etwa acht Prozent ansteigen. Sie gingen 1971 bis 1975 entsprechend um fast 4 % zurück. Es wird eindringlich betont, daß die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zugunsten der privaten Investitionen politisch verändert werden müssen, wenn wieder ein höherer Beschäftigungsstand erreicht werden soll. Durch eine Normalisierung der heute schlechten Kapazitätsauslastung allein, also durch einen leichten Aufschwung, der im nächsten Jahr möglich, aber noch nicht sicher ist, könne die Vollbeschäftigung nicht wieder erreicht werden.

- (B) Es ist nach dieser Studie bis 1980 fast eine Verdoppelung der Wachstumsrate und des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von jetzt etwa zwei bis drei Prozent auf 3,5 Prozent jährlich erforderlich, nur um einen Abbau der Arbeitslosigkeit auf 2,5 bis 3 Prozent — das heißt immer noch etwa 700 000 — zu erzielen.

Diese nüchternen und spröden Zahlen der Denkschrift des Bundeswirtschaftsministeriums beschreiben einen, wie ich glaube, ziemlich dramatischen Sachverhalt. Die zuständigen Beamten der Bundesregierung fordern eine deutliche Verringerung des Staatsanteils. Das Kabinett Schmidt geht den entgegengesetzten Weg durch die weitere massive Erhöhung von Steuern und Abgaben. Die Experten verlangen politische Entscheidungen zugunsten der Stärkung der privaten Investitionen und der Produktivität. Die Bundesregierung tut und plant so gut wie nichts auf diesem Gebiet. Seit vielen Monaten fordern führende Politiker der FDP mit uns gemeinsam im Sinne dieser Überlegungen **Steuererleichterungen für die Betriebe**. Sie gefallen sich sogar in der Rolle der Ankläger und der Kritiker der von ihnen selbst gegen unsere dringenden Warnungen durchgesetzten Steuererhöhungen für die Unternehmen. Nichts ist bis jetzt geschehen, um diese Fehlentscheidungen zu korrigieren; statt dessen sollen die Lasten für die Wirtschaft mit dem vorliegenden Gesetzentwurf um zwei Milliarden DM erneut angehoben werden.

Nach den Worten des Bundesfinanzministers in Mannheim — so berichtet in der Presse — denkt man jetzt an eine **Minimallösung für den Verlustrücktrag**, die Klein- und Mittelbetrieben etwa 50 Millionen DM Entlastung jährlich bringen soll. Zwei

Milliarden DM zusätzliche Lasten durch diese Vorlage, die wir heute beraten — 50 oder vielleicht auch 100 Millionen DM Entlastung: Dieser Zahlenvergleich zeigt, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, den Erkenntnissen ihrer eigenen Sachverständigen, den amtlichen Vorlagen ihres zuständigen Ressorts für die **Konzertierte Aktion** zu entsprechen. Kosten sind Kosten, Herr Bundesfinanzminister. Ob das eine Abgaben und das andere steuerliche Erleichterungen sind — betriebswirtschaftlich kann ich keinen Unterschied erkennen. Ob das andere Gruppen sind, können wir in der Diskussion vertiefen. Die lohnintensiven und personalintensiven Klein- und Mittelbetriebe, die bei der Diskussion über steuerliche Erleichterungen im Vordergrund stehen — auch der Beiträge Ihrer Kabinettskollegen —, sind diejenigen, die durch eine Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge überdurchschnittlich betroffen werden. Daran kann doch überhaupt kein Zweifel sein, daß dies eine personalbezogene Maßnahme ist.

Das Kabinett Schmidt demonstriert damit, wie ich glaube, sein Unvermögen zur Lösung der dringenden Aufgaben unserer Zeit. Der auch von Mitgliedern der Bundesregierung — zuletzt von dem Bundeskanzler vor zwei Tagen in einer aggressiven Rede in Wuppertal — gegen die Unionsparteien erhobene Vorwurf der Regierungsunfähigkeit fällt auf die regierende Koalition selbst zurück. Zunächst einmal müssen Sie beweisen, daß Sie regieren können. Diesen Beweis sind Sie in der Finanz- und Wirtschaftspolitik in erschreckender Weise bis heute schuldig geblieben, so daß Sie sich über die Frage der Regierungsfähigkeit anderer kein Urteil anmaßen können. (D)

(Dr. Hirsch: Das überlassen wir immer dem Wähler, Herr Kollege!)

— Wir unterhalten uns hier in einem demokratischen Forum. Ich halte das für richtiger, als es in der Form massiver Unterstellungen und Angriffe nur auf dem Forum des eigenen Parteitages zu tun. Nach meinem Verständnis ist dies ein Forum der legitimen politischen Auseinandersetzungen. Wir können uns hier bei der Behandlung dieser Schicksalsfragen nicht völlig von dem freimachen, was in Mannheim und anderen Orten in den letzten Wochen gesagt wurde. Das werden Sie uns freundlicherweise zubilligen.

(Koschnick: In der letzten Woche in Mannheim! — Heiterkeit)

— In den letzten Wochen — im Juni. — Jawohl das war im Juni! Ich habe sehr wohl zwischen Wochen und Monaten unterschieden, Herr Kollege Koschick. Aber Sie können gern das Thema erweitern.

Die ständigen Versprechungen, das **System sozialer Sicherung** zu erhalten, werden zunehmend unglaubwürdig; denn solange keine überzeugende Politik zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit, der Behebung ihrer Ursachen eingeleitet wird, solange nichts geschieht, um die beruflichen Chancen der Jugend wieder zu verbessern, gibt es keine befriedigende soziale Sicherung. Soziale Sicherung be-

- (A) steht nicht nur aus Leistungen öffentlicher Kassen; sie muß mit der Wiederherstellung der Existenzgrundlagen der Menschen beginnen, vor allem auch in der Berufs- und Arbeitswelt, durch eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft, in der fachlich überzeugende Vorlagen des zuständigen Bundesministeriums nicht nur anderen intern in der Konzertierten Aktion als Maßstab vorgehalten, sondern auch zur Maxime des eigenen politischen Handelns gemacht werden.

Während in den Jahren 1966 bis 1975 die Zahl der deutschen Erwerbspersonen um über zwei Millionen zurückging, müssen wir in der Zeit von 1976 bis 1980 allein 400 000 neue Arbeitsplätze schaffen, überwiegend für junge Menschen, die gerade in das Berufsleben eintreten wollen — also über den Abbau der jetzigen Arbeitslosigkeit und der Strukturveränderungen, die sich ohnehin in der Arbeitswelt ergeben, noch hinaus. Eine Antwort darauf, wie das geschehen soll, wie wir diesen erschreckenden Signalen einer steigenden Jugendarbeitslosigkeit begegnen sollen, bleibt das Kabinett Schmidt bis heute schuldig. Sie werden nicht im Ernst behaupten können, daß Ihr von allen Fachleuten abgelehnter Gesetzentwurf zur beruflichen Bildung auch nur den Ansatzpunkt einer Lösung dieser Frage darstellt.

- (B) Die Vollbeschäftigungsgarantien, meine Damen und Herren, der Regierungsparteien vor der Bundestagswahl 1972 wurden zu einem gebrochenen Versprechen. Jetzt sind Sie in der Gefahr, mit Ihren Garantien für das Netz sozialer Sicherung eine neue Wahl zu bestreiten, ohne daß Ihre falsche Politik sie einzulösen vermag. Der Kernbereich sozialer Sicherungen wird nicht durch Versprechungen, Wahlreden oder Verdächtigungen des politischen Gegners gewährleistet. Dies bewirkt nur eine Politik, die konsequent wieder die Voraussetzungen für anhaltendes Wachstum schafft, die Leistung und Eigenverantwortung ermutigt und auch zu begrenzten Eingriffen in solche Aufwendungen bereit ist, deren Rechtfertigung unter neuen Bedingungen nicht mehr gegeben ist. Nur so können die erhebliche Verstärkung der privaten Investitionsanteile am Bruttosozialprodukt, die Steigerung der Produktivität und damit auch der allmähliche Abbau der Arbeitslosigkeit erreicht werden. Ohne diesen Kurswechsel ist es nicht möglich — für keine Regierung möglich —, in wenigen Jahren noch die gewaltigen Mittel für die gesetzlichen Sozialleistungen aufzubringen.

Zu einer solchen neuen Politik gehören gezielte **Steuererleichterungen für die Betriebe**, beginnend mit der Verbesserung der degressiven Abschreibung und der Möglichkeiten zur Eigenkapitalbildung für Investitionen sowie der Einführung des Verlustrücktrages. Die gesetzlichen Regelungen und politischen Möglichkeiten zur Förderung einer stabilitätsgerechten Lohnpolitik sind voll auszuschöpfen. Das ist nicht nur die Aufgabe eines Krisenwinters oder eines Konjunkturzyklus, sondern einer langen Periode. Zur Unterstützung dieser Bemühungen und zur Förderung der Eigenkapitalbildung ge-

- (C) winnen langfristig angelegte Entscheidungen zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zusätzliche Bedeutung. Wissenschaft und Technik, vor allem aber die Bemühungen um Innovation haben wieder einen höheren Stellenwert zu erhalten.

Ich glaube, nur auf solchen Wegen können wir als Hochkostenland in Zukunft die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und ihrer Arbeitsplätze unter härteren Bedingungen sichern.

Die falschen Entscheidungen und die Versäumnisse der letzten Jahre werden uns noch lange belasten. Sie verlangen viel von allen Bürgern, vor allem aber von den verantwortlichen Politikern. In der vorliegenden Form kann das Haushaltsstrukturgesetz der Bundesregierung nicht einmal als ein überzeugender Beitrag für die wichtige Teilaufgabe der Sanierung der öffentlichen Haushalte angesehen werden.

Wir werden, wie ich gesagt habe, im Vermittlungsausschuß unter den genannten Voraussetzungen einer klaren Trennung der Problembereiche in Kürzungen und Abgabenerhöhungen dennoch um eine Lösung bemüht sein, die es uns ermöglicht, den Kürzungen überwiegend oder im wesentlichen zuzustimmen.

Präsident Osswald: Das Wort hat Herr Bundesfinanzminister Apel.

- (D) **Dr. Apel, Bundesminister der Finanzen:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die eben von Herrn Ministerpräsident Stoltenberg vorgetragenen Bemerkungen machen auf mich den Eindruck, daß hier jemand gesprochen hat, der sich mit der Rolle der Opposition auch nach den nächsten Bundestagswahlen bereits heute abgefunden hat. Denn neben aller Schärfe im Ton selbst, über die noch zu sprechen sein wird, war erstens doch ein deutlicher Zug von Resignation spürbar, sich gottseidank nicht mit den Problemen unseres Landes und unserer Zeit beschäftigen zu müssen, da auch nach den nächsten Bundestagswahlen eine andere Koalition diese Probleme lösen wird, und zum zweiten war spürbar ein unübersehbarer Mangel an eigener Konzeptionskraft, an Bereitschaft, selber Ideen zu entwickeln, zur Diskussion zu stellen, sich damit auch zu exponieren — das ist ja mit jeder Debatte verbunden — und damit deutlich zu machen, wo die eigene Position liegt.

Ich möchte, bevor ich zum sachlichen Inhalt selbst komme, zwei Vorbemerkungen machen.

Herr Kollege Stoltenberg, ich habe durchaus Verständnis dafür, daß Ihnen unser **Mannheimer Parteitag** Kopfschmerzen bereitet. In einer Zeit, in der die Sozialdemokraten — ich glaube, überzeugend, auch im Blätterwald überzeugend — ihre Geschlossenheit deutlich gemacht haben sowie ihre Bereitschaft, sich auf den Boden dieses Staates, der Marktwirtschaft zu stellen und die Probleme gemeinsam mit dem Koalitionspartner zu lösen, hat die Union Probleme gehabt, die gar nicht so sehr im Sachlichen lagen,

(A) sondern im Personellen stecken blieben und nur mühsam gekittet waren. Da kann ich es wiederum verstehen, und es liegt ja auch nahe, daß Sie dann dieses Forum benutzen, um in einem massiven Angriff diese unübersehbaren, auch für die Opposition unübersehbaren positiven Elemente dieses Mannheimer Parteitags überspielen zu wollen, nur versuchen Sie, mit den Vokabeln Selbstgefälligkeit und Verschleierung jemand anderem die Etiketten auf den Bauch zu kleben, ohne sich mit dieser größten deutschen Partei und mit dem sachlichen Inhalt des Ergebnisses ihres Parteitags auseinanderzusetzen.

Eine zweite Vorbemerkung. Ich kann verstehen, daß Sie als **Oppositionspartei** in einer **Schwierigkeit** sind. Diese Schwierigkeit stellt sich für Sie natürlich insbesondere dann dar, wenn Sie in die Retrospektive gehen. Diese Schwierigkeit besteht darin, daß Sie auf der einen Seite ununterbrochen gefordert sind, zu Vorschlägen der Regierung ja oder nein zu sagen. Wenn Sie ja sagen, werden Sie in eine gewisse Mithaftung genommen; dies ist natürlich richtig. Wenn Sie nein sagen, werden Sie als Neinsagerpartei bezeichnet; auch dies ist richtig. Es ist verständlich, daß Sie aus dieser Überlegung heraus für sich selbst die Frage stellen: Welches war denn nun eigentlich unsere Taktik, war sie richtig, war sie falsch, hätten wir sie anders nuancieren sollen? Dies ist immer das Schicksal der Oppositionspartei. Nur finde ich es eigentlich nicht in Ordnung, daß Sie sagen, wir wollten Sie in die Mithaftung nehmen. Was wir tun, ist, einfach darlegen, wie es in den letzten vier Jahren wirklich war. Und wie war es denn?

(B) Die Opposition hat bis auf ein einzigesmal im Deutschen Bundestag allen Gesetzen im Bereich der Gesellschafts- und Sozialpolitik, die Geld gekostet haben, zugestimmt. Ein einzigesmal hat sie abgelehnt. Warum? Weil ihre Forderungen weiter gingen als die unsrigen. Sie haben vielfältig über den Bundesrat, über dieses Gremium, mit Ihrer Mehrheit Forderungen in den Deutschen Bundestag getragen, die Geld kosten sollten. Insofern ist eine gewisse Mithaftung da. Nur, ich benutze diese Mithaftung ausdrücklich nicht, um Ihnen daraus Vorwürfe zu machen, weil meine Überzeugung im Gegensatz zu Ihnen die ist — und diese Überzeugung kann durch Zahlen belegt werden, und ich habe sie wiederholt durch Zahlen belegt —, daß wir eben bis zum Ausbruch der Weltrezession die öffentlichen Finanzen im Bund solide gefahren haben. Insofern war es berechtigt, das Mehr an Steuereinnahmen für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit einzusetzen, berechtigt durch Ihre Anträge, berechtigt durch unsere Anträge, berechtigt durch gemeinsame Beschlüsse. Ich lehne es ab, mich heute hinzustellen und zu sagen: Dies war alles falsch. Es war richtig; denn dies war der Weg, der uns vorgegeben war. Im übrigen haben wir in der gleichen Zeit noch über acht Milliarden DM auf die hohe Kante gelegt, die wir eben aus konjunkturpolitischen Rücksichten nicht ausgegeben haben.

Ich meine also, lassen wir doch mal die Retrospektive, bekennen wir uns zu dem, was wir in dieser Zeit getan haben, bekennen wir uns aber

auch zu dem, was wir heute tun müssen, nämlich (C) daß unter veränderten ökonomischen Bedingungen auch die eine oder andere sozialpolitische Maßnahme neu durchdacht werden muß. Und darum geht es in der heutigen Debatte.

Herr Kollege Stoltenberg, was mich eigentlich am meisten an Ihrer Rede bedrückt hat, war die Bemerkung, der Bundeskanzler und auch der Finanzminister versuchten, die Probleme unseres Landes immer mehr auf internationale Begebenheiten abzufrachten. Ist das eigentlich dem Sprecher der Oppositionspartei gemäß, die Betrachtung wenige Tage nach der **Gipfelkonferenz in Rambouillet** so zu beginnen? Ist das eigentlich der richtige Ansatz? Ist das nicht etwas zu provinziell, nachdem die Regierungschefs der sechs wichtigsten Industrienationen in Rambouillet gemeinsam festgestellt haben, daß die Schwierigkeiten gemeinsamer Art sind, daß sie nicht nur die westlichen Industrienationen haben, sondern daß sie auch die Staaten haben, die sich sozialistisch nennen, und ebenso diejenigen, die Entwicklungsländer sind — ist es da nicht etwas zu provinziell, nachdem wir diese weltweite Verflechtung um die Problematik erkannt haben, daß Sie sich hierherstellen und sagen: das ist ja alles nur plakative Verdeckung eigener, maßgeblich im eigenen Land geschaffener Probleme! Ist dies dem Sprecher der größten Oppositionspartei in diesem Hause gemäß? Ich bin der Meinung, nein. Ich bin der Meinung, so geht es nicht. Wenn es so versucht werden sollte und wenn es mehr wäre als nur ein Debattenbeitrag zu Beginn des Wahlkampfes, dann müßte uns das alle sehr bedenklich stimmen, weil wir dann das Gefühl haben müßten, daß die Opposition (D) die ganze Tragweite der Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, aber auch nicht im entferntesten begriffen hat.

Ich möchte nur wenige Sätze aus dem **Rambouillet-Kommuniqué** zitieren, die das deutlich machen. In der Ziffer 5 finden Sie den Satz: Unsere dringendste Aufgabe, das heißt die dringendste Aufgabe dieser sechs Länder, ist, die Erholung unserer Volkswirtschaften sicherzustellen und die Vergeudung menschlicher Arbeitskraft infolge Arbeitslosigkeit abzubauen. Dies ist die dringendste Aufgabe. Es ist nicht die dringendste Aufgabe, heute und jetzt um fast jeden Preis die Haushaltssanierung zu beginnen, weder bei uns noch bei unseren Partnerländern.

Ich möchte einen zweiten Satz hinzufügen, der mit dem ersten im Zusammenhang steht: Wir sind zuversichtlich, daß die Zielsetzungen und Maßnahmen unserer derzeitigen Politik miteinander vereinbar sind und sich gegenseitig ergänzen und daß die Erholung auf gutem Wege ist, wir wissen aber, daß wir in unserer Politik wachsam und anpassungsfähig sein müssen. Wir werden es nicht zulassen, daß der Erholungsprozeß ins Stocken gerät. Wir werden keinen neuen Inflationsschub hinnehmen.

Was heißt denn, wir werden es nicht zulassen, daß sich der Erholungsprozeß nicht fortsetzt? Dieses heißt, daß uns unsere Partner gesagt haben: Eigentlich sind eure Haushaltsdefizite nicht hoch genug, eigentlich müßten wir von euch als dem wichtigsten

- (A) Welthandelsland erwarten, daß ihr noch mehr tut, um die Konjunktur anzukurbeln. Wir haben ihnen dann die Ihnen allen bekannten Daten von 78 Milliarden DM Defizite aller öffentlichen Hände in diesem Jahr dargestellt, und wir haben dann unsere Partner davon überzeugen können, daß unsere Politik in den Kontext der Erholung der Weltwirtschaft hineinpaßt.

Allerdings, in einem Punkte, Herr Kollege Stoltenberg, hätten Sie in Rambouillet einen hervorragenden Lacherfolg erzielt: wenn Sie dort den Satz wiederholt hätten, den Sie hier gesprochen haben, daß unser Land volkswirtschaftlich und finanzwirtschaftlich heruntergewirtschaftet sei. Dies wäre ein großer Lacherfolg gewesen; es wäre vielleicht auch nach Tisch angemessen gewesen. Nur, dies ernsthaft zu behaupten, das ist doch unmöglich nach dieser Rambouillet-Konferenz, wo alle von uns sagen: ihr habt eure Probleme angesichts des Datenkranzes wirklich hervorragend gelöst, wie kommt bei euch eigentlich der soziale Friede zustande, wie ist es eigentlich möglich, daß ihr die stabilsten Preise in der Welt habt, wie kommt es eigentlich, daß trotz der stabilen Preise bei euch die Arbeitslosigkeit sehr viel niedriger ist als in vielen anderen Ländern?

Ihre Bemerkung angesichts dieser Zahlen, Herr Kollege Stoltenberg, ist nur wiederum zu buchen auf das Konto Resignation, Oppositionsrede, keine eigene Bereitschaft, sich auf den Boden der gemeinsamen Probleme zu stellen.

- (B) Vor diesem Hintergrund stellt sich unsere **Haushaltspolitik** dar. Das Defizit 1975 — und das ist allen bekannt — beträgt 78 Milliarden DM. Es ist damit um 50 Milliarden DM höher als 1974, eine beängstigende Zahl; aber auch beängstigend wäre es, meine lieben Kollegen, wenn wir uns einmal vorstellten, daß die **Bereitschaft zu öffentlicher Verschuldung** mit diesen 50 Milliarden DM nicht vorhanden gewesen wäre. Was wäre denn eigentlich passiert, wenn die öffentlichen Hände gesagt hätten, wir sind nicht bereit, diese 50 Milliarden DM mehr an öffentlicher Verschuldung gegenüber 1974 hinzunehmen? Dann wären 5 %, meine Damen und Herren, des Brutto-sozialprodukts ausgefallen — 5 %! Und dann wäre die Rezession in diesem Jahr nicht minus 4 real gewesen, sondern vielleicht minus 6 oder minus 7 real, und dann wäre die Rezession so tief gewesen, daß auch der soziale Friede in unserem Land nicht mehr hätte erhalten bleiben können.

Insofern kann ich die Argumentation überhaupt nicht begreifen. Wir sollten doch eigentlich gemeinsam handeln; Sie tragen doch Verantwortung für Bundesländer, die genau in dem gleichen Maße verschuldet sind wie der Bund. Sie betreiben doch zu Hause keineswegs eine andere Politik als der Bund. Insofern kann ich diese Argumentation nicht begreifen. Warum sind Sie denn nicht bereit, so zu reden, wie Sie zu Hause in den Haushaltsdebatten sprechen? Dort argumentieren doch Ihre Finanzminister genauso wie der Bundesfinanzminister. Was soll denn dieser unterschiedliche Zungenschlag zwischen Kiel und dem Bundesratssaal in Bonn? Ich

kann das nicht begreifen. Ich kann nur sagen: dieses Defizit war notwendig.

Das Defizit 1976 bleibt auf dem gleichen Niveau wie 1975. Es wird etwas geringer im Gesamthaushalt, wahrscheinlich um 8 oder 9 Milliarden DM, aber das ist zur Zeit nicht abzusehen. Das gebe ich Ihnen zu; unsere ökonomischen Annahmen sind nicht präzise genug. Aber damit wird schon die ganze Problematik deutlich: Von 1975 auf 1976 kommt aus den öffentlichen Haushalten, meine Damen und Herren, kein zusätzlicher konjunkturankernder Anstoß. Die öffentliche Verschuldung bleibt die gleiche, der sogenannte ökonomische Swing ist Null, er ist vielleicht sogar minus 0, ..., so daß also hier schon ein hohes Maß an positiver Erwartung der öffentlichen Hände in den Konjunkturaufschwung insofern steckt, als wir davon ausgehen, daß andere die Schubkraft, die wir im Jahre 1975 gegeben haben, uns abnehmen: der Export, die private Nachfrage. So muß man auch einmal Haushaltsdebatten und die Verschuldung im Jahre 1976 betrachten.

Und 1977? Wenn es nach unserer Projektion und nach unseren Annahmen geht — Strukturgesetz, Steueranhebungen —, geht das Defizit für den Gesamthaushalt 1977 auf 42 Milliarden DM zurück. Da ergeben sich also plötzlich von 1976 auf 1977 27 Milliarden DM weniger an öffentlicher Nachfrage. Das muß sein, wir müssen die Defizite abbauen. Aber, meine Damen und Herren, ich bitte hier dann auch einmal die Frage stellen zu dürfen: Können wir denn so ganz sicher sein, daß 27 Milliarden DM, 2,6 % unseres Bruttosozialprodukts, weniger an öffentlicher Verschuldung, ein Minusswing in dieser Größenordnung so ohne weiteres ersetzt werden? Dieses ist deflatorische Politik im Jahre 1977, und diese kann nur stattfinden, wenn dann der Wirtschaftsaufschwung auf dem Wege ist. Betrachten wir doch bitte die Dinge auch einmal von dieser Seite! Dies ist eine gerechtfertigte und notwendige ökonomische Betrachtung.

Im übrigen hätte die Bundesregierung Ihnen ja ein Haushaltsstrukturgesetz, eine rigorose Beschränkung der öffentlichen Ausgaben beim Bund im Haushaltsjahr 1976 — beides zusammen 13 Milliarden DM weniger Ausgaben im Jahre 1976 — nicht vorgeschlagen, wenn nicht auch wir der Meinung wären, daß im beginnenden Aufschwung die öffentliche Verschuldung rigoros zurückgenommen werden muß. Insofern sind wir einer Meinung. Nur bitte ich doch sehr darum, daß wir als Ökonomen nicht nur auf die eine Seite der Medaille schauen, sondern auch auf die andere.

Im übrigen sind wir sicher, daß, wenn wir im Timing die Dinge richtig packen, d. h. die Haushaltsdefizite so abbauen, wie es in den Konjunkturaufschwung hineinpaßt und sich die Nachfrage der Privatwirtschaft nach Krediten in etwa parallel entwickelt, wir ohne größere Friktionen über das **Haushaltsjahr 1976** kommen. Aber ich muß hinzufügen — ich habe das hier an diesem Platz schon einmal gesagt —: Die Finanzierung der Haushalte im Jahre 1976 verlangt von uns ein Höchstmaß an Virtuosität,

- (A) und es kann durchaus zu Schwierigkeiten hier und dort kommen. Keiner sollte so tun, als wäre das anders.

Ich möchte jetzt zu dem eigentlichen Thema kommen, das Herr Stoltenberg in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gestellt hat: Sparen und wo und wie und mit welchen Ergebnissen?

Ich will eine Vorbemerkung machen. Das **Sparen** wird natürlich in unserem Lande auch von unseren Bürgern allgemein sehr geschätzt,

(Zuruf von Bürgermeister Koschnick)

- aber nur dann, Herr Bürgermeister, wenn man selbst nicht betroffen wird. Diese Erfahrung macht der Bundesfinanzminister in großem Maße in diesen Wochen. Es wird immer Bravo gesagt, wenn er spart, aber wehe, wenn er sagt, wo er spart. Dann wird nur noch dort Bravo gerufen, wo er sich im Moment noch nicht geäußert hat. Insofern ist natürlich die gesamte Operation, die wir vor uns haben, schwierig, und sie verlockt die Opposition dazu — das haben die Ausführungen von Herrn Stoltenberg deutlich gemacht —, sich bei den Gruppen ins Vertrauen zu bringen, die sich durch die Sparvorschläge der Bundesregierung betroffen fühlen. Ich halte dies für verständlich, allerdings — das muß ich hinzufügen —, wenn man die hehren Worte der Opposition nach mehr Sparen hört, nicht für legitim. Denn dann muß eine staatstragende Opposition auch den Mut haben, einzelnen betroffenen Gruppen zu sagen: Dies ist zwar unpopulär, aber wir stehen dazu. Insbesondere dann, wenn die Opposition insgesamt ein Mehr an Sparen will, kann sie ja nicht bei den Landwirten, bei den Kriegsoffern — ich werde auf die Einzelheiten noch zu sprechen kommen —, bei den Arbeitnehmern, bei den Arbeitgebern jeweils sich opportunistisch ins Obligo begeben, sondern dann muß man auch den Mut haben zu sagen: Dies ist hart, aber wir selbst wollen das, wir selbst wollen ja sparen.
- (B)

Im übrigen, Herr Kollege Stoltenberg, habe ich mir eine Reihe Ihrer Vokabeln aufgeschrieben: „Täuschung“, „Auszehrung“, „Unvermögen“. Ich finde das diesem Forum nicht angemessen, daß wir permanent solche Formulierungen gebrauchen. Besser wäre es, Sie würden anstelle dieser Vokabeln konkrete Vorschläge machen; diese wären natürlich sehr viel willkommener.

In jedem Falle — da stimme ich mit Ihnen überein —: Wir stellen die Regierung; von uns wird Mut zum Handeln verlangt, wir haben diesen Mut; von uns wird **Mut zur Unpopularität** verlangt, wir müssen diesen Mut aufbringen; aber wir werden nur in dem Maße sparen, in dem wir dies gerecht und sozial ausgewogen tun können.

Die **Opposition** hat uns auch heute wieder **drei Argumentationsketten** angeboten. Diese Argumentationsketten werden manchmal gemischt, manchmal werden sie rein destilliert dargeboten. Herr Kollege Stoltenberg, ich gebe Ihnen anheim, ob Sie wirklich meinen, bis zum 3. Oktober 1976 mit diesen Argumentationsketten durchzukommen.

Erste Argumentationskette: Ihr seid die Regierung, ihr tragt die Verantwortung, ihr müßt handeln, wir machen nicht mit. Ich meine, diese Argumentationskette, die soeben auch bei Ihnen wohl wieder Leitmotiv war, zeigt doch eigentlich, daß Sie sich aus der deutschen Politik abgemeldet haben

(Heiterkeit)

und daß Sie vor allen Dingen eine Frage nicht beantworten, die Frage nämlich, die die Bürger Ihnen stellen werden: Was würden Sie denn tun, wenn Sie die Regierungsverantwortung in diesem Lande tragen müßten?

Zweite Argumentationskette: Es muß mehr gespart werden, wir erwarten Vorschläge der Regierung, wir werden diese Vorschläge prüfen, aber — wie wir gerade bei dem vorliegenden Haushaltsstrukturgesetz festgestellt haben — immer dann ablehnen, wenn wir meinen, daraus besonderen politischen Vorteil bei einzelnen Gruppen erzielen zu können. Auch hier kommt doch erneut die Frage: Wo ist denn Ihre Position? Was wollen Sie denn? Auch hier werden die Bürger Ihnen die Frage stellen: Welche Politik wollen Sie denn nach dem 3. Oktober 1976 betreiben?

Dann kommt schließlich die dritte Argumentationskette, und auch diese habe ich heute bei Herrn Stoltenberg gehört: Die Wirtschaft muß mehr entlastet werden; wir schlagen als Oppositionspartei dafür runde 7 Milliarden DM vor, allerdings kurz- und mittelfristig zusammen. Kurzfristig wollen Sie um rund 2,5 Milliarden DM entlasten; der Bundeshaushalt würde davon mit ungefähr 1,2 Milliarden DM betroffen werden. Sie haben im übrigen — nicht Sie, Herr Kollege Stoltenberg, aber andere Oppositionssprecher, eine ganze Reihe maßgeblicher Oppositionssprecher — uns versprochen, daß Sie diese Kürzungsvorschläge, diese **Vergünstigungen für die Wirtschaft** — ich will nicht von 7 Milliarden DM sprechen, aber 2,5 Milliarden DM sind es mit Sicherheit; dies kann ich Ihnen anhand der Berechnungen nachweisen — und andere Ablehnungen, die Sie zum Haushaltsstrukturgesetz jetzt hier vorgebracht haben, ausgleichen wollen durch zusätzliche Sparmaßnahmen. Sie haben uns versprochen und der deutschen Öffentlichkeit zugesichert, daß dies vor dem Abschluß der Beratungen geschehen würde. Wir stehen fast am Ende der Beratungen; bisher haben wir nichts gehört. Auch hier, Herr Kollege Stoltenberg, wieder eine nicht zulässige Verhaltensweise von Ihnen.

Sie haben gesagt: Was haltet ihr denn von der Sparschutzgemeinschaft? Was haltet ihr denn von den Vorschlägen des Herrn Schäfer, des Präsidenten des Bundesrechnungshofes? Ich frage Sie: Was halten Sie denn davon? Sie können doch nicht die Debatte von Ihrer Seite hinsichtlich des Mehr an Sparen damit bestreiten, daß Sie sich verkriechen hinter den Vorschlägen derjenigen, die als freischaffende Künstler, teilweise auch in der eigenen Verantwortung, sprechen und Vorschläge machen, die wir zwar alle beachten werden, aber von deren Weisheit man nur bedingt überzeugt sein kann. Sie

(C)

(D)

(A) können doch nicht als politisch Verantwortlicher in diesem Hause, in dem Sie die Mehrheit haben, sich hinter die Vorschläge dieser mehr oder minder privaten — in einem Falle öffentlichen — Institutionen stellen und sagen: Was sagt ihr denn dazu? Was wir dazu gesagt haben, wissen Sie. Wir werden die Vorschläge von Herrn Schäfer sehr gründlich prüfen. Wir werden sehen, ob man da zusätzlich noch etwas tun muß. Aber das kann doch die Opposition nicht als Ersatz, als Surrogat für eigene Vorstellungen ansehen. Das kann doch die Opposition nicht aus der Frage entlassen, was denn eigentlich die Opposition machen würde, wenn sie die Verantwortung trüge. Diese Frage muß doch beantwortet werden im Interesse einer Wahlauseinandersetzung, bei der Alternativen zur Wahl gestellt werden. Ich wiederhole meine Eingangsbemerkung: Wenn es keine Alternativen gibt, ist dies nur ein Zeichen tiefer Resignation.

Die Frage, die Sie sich stellen müssen, Herr Kollege Stoltenberg — und diese Frage werden wir immer wieder stellen —, lautet: Ihre Ablehnung bedeutet ein Mehr des Defizits beim Bundeshaushalt im Jahre 1976 von 4 Milliarden DM, im Jahre 1977 von 12 Milliarden DM, im Jahre 1978 von 14 Milliarden DM und im Jahre 1979 von 15 Milliarden DM. Die Frage ist: Wie soll dieses Problem aus Ihrer Sicht gelöst werden? Sie können nicht Ihre eigene Konzeptionslosigkeit mit verbalen Kraftakten überdecken. Dies führt uns überhaupt nicht weiter, sondern Sie müssen uns konkret sagen, was Sie denken, oder aber Sie müssen uns gestatten, deutlich zu machen, daß Sie eben doch keine Alternative haben.

(B) Lassen Sie mich zu einigen Einzelpunkten Stellung nehmen, die in dieser Debatte und auch im Vermittlungsausschuß eine Rolle spielen werden. Dabei möchte ich sehr deutlich unterscheiden zwischen Anträgen, die die Minderheit in diesem Hause mit trägt, und Anträgen, die die Mehrheit mit trägt.

(Heiterkeit)

Das tue ich nicht aus parteipolitischen Rücksichten, sondern weil ich bei Durchsicht der Anträge sehe, Herr Kollege Stoltenberg, daß die Minderheit in diesem Hause Anliegen vertritt, die mehr oder minder — nach meiner Überzeugung minder, aber darüber wird man sich zu unterhalten haben — **legitime und gerechtfertigte Interessen der Bundesländer** betreffen. Dies ist ja das Spiel, das wir hier zu spielen haben. Auch unter Sozialdemokraten hört doch bei Geld die Gemütlichkeit auf. Dieses Spiel finde ich legitim, und da werde ich natürlich genauso um jede Mark kämpfen, wie Sie das tun werden, meine Damen und Herren. Aber die Mehrheit geht darüber einen ganzen Schritt hinaus und fordert von uns Kürzungen an dem Strukturgesetz, die aus der diesem Hause aufgegebenen Verantwortung, die Interessen der Bundesländer zu vertreten, nicht zu erklären sind, sondern nur den Versuch darstellen, Schwierigkeiten für die amtierende Regierung zu produzieren, Mehrheiten hier herzustellen, die im Bundestag nicht vorhanden sind. Insofern wird man

sehr deutlich unterscheiden müssen zwischen den Anträgen, die aus dem Interesse der Länder heraus verständlich sind, und den Anträgen, denen andere Motive zugrunde liegen. (C)

Haben Sie keine Angst, ich spreche jetzt nicht zu allen Anträgen und zu allen Wünschen, die Sie haben, aber einige müssen kommentiert werden.

Ich beginne mit der **Arbeitslosenversicherung**. Ich habe Ihren Worten, Herr Ministerpräsident, entnommen, daß Sie mit uns der Meinung sind, daß die Arbeitslosenversicherung im Vermittlungsverfahren aus dem Gesetzgebungsgang abgetrennt werden sollte. Dies ist stets unsere Meinung gewesen; da haben wir wenigstens verfahrensmäßig kein Problem miteinander. Oder habe ich das falsch verstanden?

(Dr. Stoltenberg: Das haben Sie richtig verstanden!)

— Das habe ich gut verstanden! Dies war auch unsere Meinung, nachdem wir Ihr Petitum gehört haben. Insofern sind wir wenigstens in diesen Verfahrensfragen einer Meinung. Wir sind aber nicht in der Sache einer Meinung. Die Sache heißt nämlich, daß wir auch nach Anhebung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um einen Prozentpunkt — das heißt, ein halbes Prozent für die Arbeitnehmer, ein halbes Prozent für die Arbeitgeber — noch sechs Milliarden DM aus dem Bundeshaushalt nach Nürnberg an die Bundesanstalt für Arbeit überweisen müssen. Insofern ist die Entlastung des Bundeshaushaltes um diesen Solidarbeitrag aller derer, die Arbeit haben, notwendig. Dies, Herr Kollege Stoltenberg, ist auch keine Steuererhöhung, sondern es ist eine echte Ausgabenminderung. (D)

Natürlich treffen alle Sparmaßnahmen, die wir hier beschließen, die Bürger. Es wäre ja wohl merkwürdig, wenn das anders wäre. Nur, wenn man Ihrer Argumentation folgt, dann ist am Ende auch eine Verweigerung der Anhebung der Zuschüsse für die landwirtschaftliche Unfallversicherung, was wir haben tun müssen und was zu kräftigen Beitragssteigerungen bei den Landwirten für ihre Unfallversicherung geführt hat, eine Steueranhebung. Dann kann man am Ende alles, was an staatlichen Zuschüssen reduziert und auf andere Weise dann von dem Bürger für die Solidargemeinschaft aufgebracht wird, als Steuer- oder Belastungsanhebung deklarieren. Dann allerdings kann man Ihrer Argumentation folgen; sie ist dann eben nur falsch.

Beim **Krankenhausfinanzierungsgesetz** gibt es zwischen uns einen Disput. Ich möchte Ihnen offiziell im Namen der Bundesregierung versichern, daß wir der Meinung sind, daß die Mittel für 1977 ausreichen werden, um keine Neubauruinen entstehen zu lassen, daß aber, falls dennoch Gefahren dieser Art entstehen sollten, wir gemeinsam sicherstellen werden, daß Neubauruinen beim Krankenhausbau nicht entstehen werden; denn natürlich kann die Bundesregierung, genauso wie Sie, meine Damen und Herren, kein Interesse daran haben, daß hier irgend etwas, was im Bereich der Belebung der Konjunktur notwendig und für die Ver-

- (A) sorgung unserer Bürger von großer Bedeutung ist, etwa nur an fiskalischen Problemen allein scheitert.

Aufwertungsausgleich der Landwirtschaft: Hier halte ich den gefundenen Kompromiß innerhalb der Bundesregierung und der sozialliberalen Koalition für vertretbar. Die Reineinkommen je Familienarbeitskraft in der Landwirtschaft sind seit 1970 um 60 Prozent gestiegen. Der Einkommensverlust, der durch den Abbau des Aufwertungsausgleichs entsteht, beträgt einen Prozentpunkt. Die Agrarpreise haben sich in den letzten Monaten günstig entwickelt. Ich bin also der Meinung, daß dies zumutbar ist. Außerdem müssen Sie wissen, was Sie tun. Folgen Sie hier den Vorstellungen der Mehrheit des Bundesrates, dann reduzieren Sie die möglichen Mehreinnahmen für Bund und Länder von heute bis 1979 um zwei Milliarden DM.

Sicherlich werden wir eine interessante Debatte haben über die **Körperschaftsteuer**, über die **Kreditgenossenschaften** und die **Sparkassen**. Ich habe mit einiger Wehmüt, aber auch mit Verständnis erlebt, wie im Bundestag die schönen Ideen der Bundesregierung etwas weniger schön wurden. Aber Sie werden verstehen, daß ich diesen Kompromiß, den wir nun im Bundestag haben, entschlossen verteidigen werde, weil ich wirklich der Meinung bin —

(Zuruf von Bürgermeister Koschnick)

— Herr Kollege Koschnick, dies ist völlig klar. Ich habe Ihnen ja schon gesagt, wo auch unter Sozialdemokraten die Gemütlichkeit aufhört, insbesondere zwischen Hamburgern und Bremern; das muß man noch hinzufügen.

(B)

(Heiterkeit)

Insofern werden wir hier sicherlich eine interessante Debatte haben.

Was das **Kindergeld** anbelangt, so sollten wir eigentlich in einem Punkte einer Meinung sein; ich hoffe es wenigstens: daß der Weg, das Kindergeld über die Arbeitsämter auszuzahlen, nun wirklich nicht der Weisheit letzter Schluß war. Sie alle wissen, wie es zu diesem Weg gekommen ist. Der Bundesrat hat uns an die Hand genommen — um es etwas nett zu sagen — und uns auf diesen Weg gebracht. Ob es nun aber klug ist, diesen Weg unbedingt fortzusetzen und die öffentlichen Arbeitnehmer mit 3,6 Millionen Kindern auch noch auf diesen Weg zu bringen, obwohl bei den öffentlichen Kassen, nicht zuletzt wegen der kinderbezogenen Ortszuschläge, das alles ermittelt wird, die ganzen Daten da sind und keine zusätzliche Arbeit anfällt, um das Kindergeld weiterhin über die öffentlichen Kassen zu zahlen, scheint mir doch mehr als fragwürdig zu sein, um so mehr, als dem Bund neue Kosten entstehen werden. Wir haben gerechnet. Wir schätzen 70 Millionen DM mehr an Personalaufwand bei den Arbeitsämtern, wenn auch das Kindergeld für die öffentlich Bediensteten so ausbezahlt wird. Ich meine, dies könnten wir uns nun wirklich sparen.

Nun kommt die Frage von Herrn Minister Halstenberg, ob dieses die Stunde sei. Ich habe mich

gefragt, was Sie meinen, ob Sie gemeint haben, zu (C) früh am Morgen. Das wird es wohl sein; denn solche Entscheidungen fallen immer morgens um zwei,

(Zuruf von Prof. Dr. Halstenberg)

oder ob Sie es zeitlich meinen. Sie wollten es mehr in das Jahr 1976 hineingebracht haben. Darüber kann man sicherlich reden. Nur ein Eindruck darf hier nicht entstehen — ich glaube, den wollen Sie auch nicht erwecken, ich werde ihn in jedem Fall nicht akzeptieren —, daß wir beim Kindergeld erneut eine Operation vorhaben — entweder Sie oder wir —, bei der versucht werden soll, bei dieser Gelegenheit Lasten zwischen den öffentlichen Händen hin- und herzuschieben. Dies kann nicht unser Interesse sein. Oder doch?

(Mehrere Zurufe und Gegenrufe)

— Ich sage das auch nur so. Sie haben in Ihrem Redetext schon ganz beruhigende Sätze drin, wie ich sehe. Das ist hervorragend.

(Heiterkeit)

Schließlich ein Wort zu den **Kriegsopfern**. Hier bitte ich sehr, die Größenordnungen zu sehen. Kriegsopferversorgung kostet elf Milliarden DM. Unsere Sparvorschläge kosten 150 Millionen DM weniger Ausgaben. Das heißt, hier wird ein Prozent der Gesamtsumme der Kriegsopferversorgung angepackt. Wir werden über die Einzelheiten zu sprechen haben. Aber ich meine, weder der Protest der Verbände, noch die bewegten Worte von Herrn Stoltenberg sind berechtigt; denn es war diese Regierung, die die Dynamisierung der Kriegsopferversorgung durchgesetzt hat. (D)

Lassen Sie mich zusammenfassen. Auch in dieser Debatte ist mir eine Position, eine **Alternative der Opposition** nicht sichtbar geworden. Mir ist bis heute nicht deutlich geworden, wie die Opposition über das eigene Neinsagen hinauskommen will. Im Endeffekt würde das, was die Opposition uns heute vorgebracht hat, würde es Gesetz werden, die Nettokreditaufnahme des Bundes im Jahre 1976 um vier Milliarden in die Höhe treiben. Dies widerspricht den von der Opposition selbst erklärten Zielen. Sie werden Verständnis dafür haben, wenn ich Ihnen ankündige, daß ich im Vermittlungsausschuß heftig, aber so umgänglich wie möglich, um jede Mark kämpfen werde.

Präsident Osswald: Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick, Bremen.

Koschnick (Bremen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor der Bundesrat wegen des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur sogleich, wie ich wohl nicht zu Unrecht vermute, den Vermittlungsausschuß anrufen wird, möchte ich Ihnen noch einmal in aller Kürze die grundsätzliche Einstellung der **Freien Hansestadt Bremen** zum Gesetzesvorhaben verdeutlichen. Dann würde ich mich ganz gern noch ein bißchen mit den Ausführungen des Sprechers von Schleswig-Holstein beschäftigen.

- (A) Nach unserer Auffassung wird mit dem Haushaltsstrukturgesetz ein entscheidender Schritt zur **Umstrukturierung der Ausgabenseite**, insbesondere des Bundeshaushaltes, aber auch der Haushalte der Länder und Gemeinden getan. Das Gesetz greift in die Bereiche der konsumtiven Ausgaben ein und schneidet sie auf ein vernünftiges Maß zurück, ohne dabei das Netz der sozialen Sicherheit zu beeinträchtigen. Hier folge ich wirklich dem Herrn Bundesfinanzminister. Auf der Einnahmenseite werden durch Mehreinnahmen die Finanzierungsdefizite zum Teil entscheidend gemindert.

Die Freie Hansestadt Bremen befürwortet im Grundsatz die mit dem Haushaltsstrukturgesetz beabsichtigten Maßnahmen. Diese Einstellung Bremens resultiert nicht nur aus dem **Prinzip bundestreuen Verhaltens**, das Bremen zu allen Zeiten und bei allen Bundesregierungen, welche Parteien diese auch immer bildeten, befolgte. Maßgebend für die **grundsätzliche Zustimmung Bremens** ist auch die Einsicht, daß das Haushaltsstrukturgesetz als Teil eines Programms, mit dessen Hilfe die Situation des öffentlichen Gesamthaushalts mittelfristig stabilisiert werden soll, unabweisbar erforderlich ist. Bestärkt wird diese Haltung Bremens durch die Erkenntnis, daß es zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Sparprogramm aus unserer Sicht keine vernünftige Alternative gibt und wir bisher aus einer anderen Sicht noch keine Alternative gehört haben.

- (B) Diese grundsätzliche Zustimmung Bremens zum Haushaltsstrukturgesetz bedeutet indes nicht, daß nicht auch wir in einigen Einzelfragen Änderungswünsche geltend zu machen haben. Das trifft insbesondere auf die im Gesetzgebungsverfahren vom Deutschen Bundestag eingefügte **Änderung des Bundeskindergeldgesetzes** zu. Wir sind nicht damit einverstanden, daß für Angehörige des öffentlichen Dienstes über den 31. Dezember 1976 hinaus der öffentliche Dienstherr zur Zahlung des Kindergeldes verpflichtet bleibt. Ich sage: zur Zahlung des Kindergeldes, nicht zur Auszahlung.

(Heiterkeit)

Ich wäre gern bereit, die 70 Millionen Personalkosten mit Ihnen zu sparen. Aber daß hier auf einem von mir akzeptierten, aber nicht gebilligten Druck der Bundestag nun versucht, 1,5 Milliarden DM auf Länder und Gemeinden umzuverteilen, ist zwar ein legitimer Versuch, der aber scheitern muß, wenn es Rechtsens und wahr ist, daß die Bundesregierung gemeinsam mit uns suchen will, wie wir öffentliche Kosten, wie wir Ausgaben senken, nicht aber die Kosten zwischen den Gebietskörperschaften hin und her schieben wollen. Aber der „Lord von Barmbek“, wie er gelegentlich genannt wird, ist auch als Finanzminister ein ehrenwerter Mann. Ich gehe davon aus, er wird im Vermittlungsausschuß die gleiche Haltung einnehmen, wie bereits im Eingang des Gesetzgebungsverfahrens; denn er hat ja nicht mitgewirkt an diesem bösen Spiel des Bundestages. Die Bundesregierung hatte das ja früher nicht gewollt. Ich appelliere daran: Bleiben Sie stark als Vertreter der Bundesregierung! Ich habe ein bißchen gelernt, Herr Bundesfinanzminister, von Kollegen, die aus

einer viel größeren und schöneren Stadt kommen (C) und die im Bund wichtige Funktionen eingenommen haben.

(Heiterkeit — Zuruf: München!)

Unter anderem!

Wenn ich also noch einmal dafür plädiere, daß wir diese Frage einvernehmlich lösen und dabei auch auf das hinweise, was Herr Halstenberg gesagt hat, nämlich, daß wir diesen Weg der Haushaltskonsolidierung im Bund, Ländern und Gemeinden nicht verbinden mit einer, wie ich meine, notwendigen Auseinandersetzung über die Verteilung der öffentlichen Finanzmassen, dann kommen wir gemeinsam ein Stück weiter.

Das gilt wohl auch für die **Besteuerung der Kreditinstitute**, soweit diese bisher mit einem **ermäßigten Körperschaftsteuersatz** belegt waren. Auch hier bejaht Bremen die Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen im Kreditgewerbe, die ihren Ursprung unter anderen in unterschiedlichen steuerlichen Belastungen haben. Es erscheint uns aber nicht angängig, etwa die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, insbesondere die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften mit einem höheren Steuersatz zu belegen als dies durchschnittlich bei Instituten des privaten Bankgewerbes der Fall ist. Zwar hätte die Bundesregierung einen guten Grund, das zu tun, weil ein wesentlicher Teil der Haushaltsdefizite nicht durch Leistungen der öffentlichen Kreditinstitute abgedeckt wird, sondern durch Leistungen der Privatbanken, was ich sehr bedauere. Aber gleichwohl sollte das nicht dazu führen, zu ungerechten Steuerentscheidungen zu kommen; denn dadurch würden neue Wettbewerbsverschiebungen, diesmal zu Lasten der Institute mit überwiegend staatswirtschaftlicher Aufgabenstellung, hervorgerufen werden, und das scheint uns auch für die Übergangszeit nicht hinnehmbar zu sein. Im übrigen meine ich, daß für den Fall, daß sich der Vermittlungsausschuß auf den durchschnittlichen Körperschaftsteuersatz für die Kreditinstitute verständigen sollte, eine Befristung dieser Regelung im Hinblick auf die geplante Körperschaftsteuerreform nicht mehr erforderlich ist. (D)

Schließlich sei noch angemerkt, daß Bremen gegen die **Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes** insoweit Bedenken geltend macht, als davon eine zwischen Bund und Ländern abgestimmte Bedarfsermittlung vorgesehen ist. Nach unserer Meinung wird hier die Gefahr einer verfassungsrechtlich unzulässigen Mischverwaltung heraufbeschworen, und wir haben darüber hinaus die Sorge, daß die Großstädte in ihrer Versorgungsfunktion für das Umland beeinträchtigt werden könnten. Wir bitten die Bundesregierung sehr eindringlich, diese Frage noch einmal zu prüfen.

Begrüßt wird von uns hingegen die Einbeziehung des Bereichs der **Krankenkassen** und der **Kassenärztlichen Vereinigungen** in die **Verpflichtung zur Vorlage eines Haushaltsplanes** und das Beanstandungsrecht der Aufsichtsbehörden, wie dies in Artikel 10 vorgesehen ist. Wir halten diese Maßnahmen für geeignet, die Kostenentwicklung im Ge-

- (A) sundheitswesen überschaubarer zu machen, nicht zu reduzieren, und insbesondere durch die verstärkte Einschaltung der Aufsichtsbehörden auf eine Dämpfung der Kosten hinzuwirken.

Die übrigen Probleme, soweit sie in die Drucksache 670/75 Eingang gefunden haben, möchte ich hier vernachlässigen. Ich meine, daß sich, falls insoweit der Vermittlungsausschuß angerufen werden sollte, Kompromißlösungen unschwer finden lassen müßten.

Ein Wort noch zu den Problemen der **Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge**: Ob abgetrennt oder nicht abgetrennt. Das will ich gern dem Vermittlungsausschuß überlassen. Darüber hinaus sind wir mit der Erklärung der Bundesregierung hier ein Stück weitergekommen. Es dürfte aber unstrittig sein — das ist das viel Wichtigere —, daß der jetzige Beitragssatz nicht ausreicht, um der Bundesanstalt die Durchführung der ihr obliegenden Aufgaben nach dem Arbeitsförderungsgesetz zu ermöglichen. Wir meinen, daß es angesichts der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage und der finanziellen Belastung der Bundesanstalt unumgänglich ist, die Beiträge, wie vorgeschlagen, zu erhöhen. Wir meinen ferner, daß es der Solidargemeinschaft von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auch zumutbar ist, in dieser Situation einen erhöhten Beitrag zu tragen, der in Zeiten mit besserer Arbeitsmarktlage wieder reduziert werden kann. Ich gebe zu, daß kleine und mittlere Unternehmen, die lohnintensiv sind, hier besondere Probleme haben. Wir werden darüber nachzudenken haben. Dies gilt aber nicht hinsichtlich der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, sondern bezieht sich auf die Frage einer Wirtschaftspolitik für diese Unternehmen. Verweigert man sich der erforderlichen Beitragsanhebung, so verbleiben der Bundesanstalt um rund 3,8 Milliarden DM geringere Einnahmen, die in dieser Höhe durch zusätzliche Finanzhilfen des Bundes ausgeglichen werden müssen. Wie dieses zusätzliche Loch im Bundeshaushalt in Höhe von 3,8 Milliarden DM zu stopfen wäre, dafür vermissen wir nach wie vor die Lösungsvorschläge von der Seite, die die Beitragserhöhung ablehnt; also die **Alternativlösungen**.

Diese Frage berührt wiederum das **Selbstverständnis des Bundesrates**. Ich will hier meine Ausführungen, die ich im ersten Durchgang zu diesem Problem an dieser Stelle gemacht habe, nicht wiederholen. Ich meine aber, daß es bei dem Bemühen um eine längerfristige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen schon schlimm genug ist, wenn die Opposition im Deutschen Bundestag die Mitarbeit verweigert. Unverantwortlich wäre es aber, wenn sich der Bundesrat als Bundesorgan oder auch nur die einzelnen Länder ihrer Mitverantwortung für die Ausgeglichenheit des öffentlichen Gesamthaushaltes entzögen. Wer im Bundesrat das, wie ich meine, in sich ausgewogene und geschlossene Konzept der Bundesregierung zur Überwindung der Finanznot und Finanzprobleme bei Bund, Ländern und Gemeinden in wesentlichen Teilen ablehnt, der sollte konstruktive Alternativlösungen zum Aus-

gleich des öffentlichen Gesamthaushaltes anbieten, (C) und nicht zuletzt deshalb, weil der Bundesrat die Mehrzahl der ausgabewirksamen Gesetze mit beschlossen und dafür auch Verantwortung zu übernehmen hat. Nachträgliche Selbstprüfung, kritische Selbstprüfung — einverstanden —: ob man wohl gut beraten gewesen sei, zuzustimmen, ist ehrenwert; das wird von mir akzeptiert. Das ändert aber nichts an der **Mitverantwortung**. Da ist es wie bei einem guten Ehemann. Jede selbstkritische Prüfung hinterher ändert nichts daran, daß man einmal ja gesagt hat.

(Zuruf: Das gilt auch für die Frauen!)

— Ich kann nicht für die Frauen sprechen.

Aus diesem Grunde, glaube ich, Herr Kollege Stoltenberg, werden Sie in der Öffentlichkeit Ihr früheres Ja zu ausgabewirksamen Gesetzen und zu Steuergesetzen nicht glaubwürdig auflösen können mit einer Kritik am früheren Verhalten, indem Sie sagen: Schuld sei jetzt die Bundesregierung. Bremen trägt jedenfalls an den ausgabenwirksamen Gesetzen so viel Schuld mit wie der Bundestag, und Bremen ist auch bereit, die Last draußen mitzutragen, sich für das, was die öffentliche Einnahmenseite anbelangt, als ebenfalls mitverantwortlich darzustellen.

Aus diesem Grunde werden Sie hier im Bundesrat von uns auf der Ländersseite und in der Öffentlichkeit möglicherweise auch aus unserer parteipolitischen Funktion heraus wieder gefragt werden, wie Sie es denn halten wollen mit dem Ausgleich der öffentlichen Hände, wie Sie es halten wollen mit der (D) Ausgabenkürzung auf der einen Seite und der Frage nach Einnahmeverbesserungen. Ich sage hier an dieser Stelle: Bremen stimmt nicht nur der Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu, Bremen wird auch die anderen vorgesehenen Steuererhöhungen insbesondere im Bereich der Mehrwertsteuer mit unterstützen, und zwar nicht deshalb, weil wir meinen, es sei ein Leichtes, dem Bürger die Kosten aufzuerlegen, sondern weil wir glauben, daß wir uns im Rahmen unserer Gesamtverantwortung uns nicht drücken können, wenn es darum geht, auch die belastenden Momente der Politik in einer Demokratie zu vertreten.

Nach dem hier Gesagten könnten wir bei etwas gutem Willen erreichen, daß das Ziel der Konsolidierung der Staatsfinanzen eine Gesamtaufgabe der Vertreter der Länder im Bundesrat wird und vielleicht eines Tages — wenn es sein muß, vier Tage nach der Bundestagswahl — auch ein Anliegen aller Parteien im demokratischen Rechtsstaat.

Damit bin ich bei der Rede von Herrn Kollegen Stoltenberg. Das war doch heute schon ein forscher, beachtlicher, den Bundestagswahlkampf ankündigender Beitrag, den wir gehört haben. Nun habe ich immer etwas dagegen gehabt, hier zu sehr zu säuseln. Ich halte es für völlig legitim, daß sich der Exponent einer politischen Meinung als Chef einer Regierung hier hinstellt und uns den Marsch bläst — oder es versucht. Nur müssen wir uns allerdings auch daran gewöhnen, daß wir auf gleichen Instru-

- (A) mentarien spielen, und uns bemühen — weil wir südlich von Schleswig-Holstein sind, vielleicht etwas freundlicher, etwas offener — zu antworten.

(Heiterkeit — Dr. Stoltenberg: Bayern!)

Ich habe natürlich ein besonderes geschichtliches Verhältnis zu Schleswig-Holstein. Wie Sie wissen, Herr Kollege Stoltenberg, waren die Bremer Erzbischöfe auch einmal für den schönsten Landesteil, für Dithmarschen, verantwortlich. Wir wissen doch auch, daß sie schon damals darauf geantwortet haben: Slag dot. Aber mit „Slag dot“ kommen wir nicht weiter in der heutigen Politik. Heute müssen wir uns mit Fakten auseinandersetzen, aber nicht allein derart, den Morgenstern als Waffe der parlamentarischen Auseinandersetzung gegen SPD und FDP, gegen Schmidt und Friderichs oder gegen einige Länder im Bundesrat zu nutzen.

- (B) Was sollen beispielsweise die Vorwürfe, daß die Bundeskoalition in der Vergangenheit den Unternehmen eine zu große Steuerbelastung auferlegt habe, wenn mit einem einfachen Blick in unser Grundgesetz festzustellen ist, daß Steuerbelastungen dieser Art überhaupt nicht allein vom Bundestag beschlossen werden können, sondern stets der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Wenn wir also sagen, in diesem Bereich seien wir ein gleichwertiges Parlament mit gleichen Rechten, können wir nicht die Steuerbelastung nur der einen Seite zuschieben und uns selbst aus der Verantwortung herausmogeln, wenn wir in der öffentlichen Auseinandersetzung glaubwürdig bleiben möchten. Auch dürfen wir — hierin folge ich dem Herrn Bundesfinanzminister —, wenn wir ehrlich bleiben wollen, im Bundesrat oder in der Öffentlichkeit vom Bund nicht mehr fordern, als wir selbst zu Hause im Land und in den Gemeinden vertreten können. Jeder von uns, der hier sitzt, hat das **undankbare Geschäft des Sparens**, des Kürzens, des Streichens und auch der Einnahmenverbesserung hinter sich gebracht oder ist gerade dabei; jedenfalls stehen wir alle am Ende des Jahres ein wenig begossener da, als dies noch vor einigen Jahren erkennbar war. Wir werden diesen Weg zu Hause gehen müssen. Wir werden dabei auch erkennen müssen, daß wir dann, wenn wir zu Hause etwas erreichen wollen, den Bund nicht im Stich lassen dürfen. Natürlich wird man sich über den einen oder anderen Weg unterhalten können. Dafür gibt es alternative Möglichkeiten.

Ich sage Ihnen: Wer einmal in Kiel und Flensburg war, wer in Lübeck war, wer in Rendsburg war, um einmal bei den Gemeinden zu sehen, wie es aussieht, oder wer den Landeshaushalt Schleswig-Holsteins betrachtet oder auch den bremischen oder Bremerhavener, kommt überall zu den gleichen Ergebnissen: ohne kräftige Abstriche an an sich wünschenswerten Vorhaben und ohne Bereitschaft, im konsumtiven, im personellen und vielleicht auch im investiven Bereich zu kürzen, kommen wir nicht zurecht. Und wir kommen auch nicht zurecht, ohne von unseren Bürgern mehr Geld zu fordern. Hier aber klagt man die Bundesregierung an und sagt: Ihr wollt über Mehrwertsteuer, über Tabaksteuer, über

Alkoholsteuer von den Bürgern mehr abziehen als notwendig. Und zur gleichen Zeit beschließen die kommunalpolitischen Vereinigungen der CDU/CSU, in den Gemeinden sollten kostengerechte Gebühren und Tarife erhoben werden, es solle Schluß gemacht werden mit der Subventionierung des Bürgers. Das heißt, in den Gemeinden will man kassieren; hier ist das richtig, beim Bund ist es falsch; die Länder haben aber nichts zu kassieren, sie halten beim Bund die Hand auf — das wissen wir inzwischen —, auch wir in Bremen.

Aus diesem Grunde kommen wir mit einer solchen Art von Sachdarstellung nicht zurecht. Wir müssen unseren gemeinsamen Beitrag leisten. Meine Bitte ist, suchen wir nach besseren, nach alternativen Wegen. Gehen Sie den Weg von Sonthofen nicht mit, indem Sie nur nein sagen, sondern schlagen Sie uns vor, was hierzu konkret gesagt werden muß.

Noch ein Wort zur „Verketzerung“, weniger aus Bremer Sicht, hier wohl mehr als Mensch, wenn ich das in diesem Hohen Hause so sagen darf. Daß Sie meinen Freunden und mir Selbstgefälligkeit vorwerfen, kann ich ertragen. Daß Sie uns Verschleierung vorwerfen, nun gut, das ist ein Beitrag für den Wahlkampf. Daß Sie uns Verketzerung vorwerfen, ist sachlich nicht haltbar, wenn Sie den Zusammenhang der von Ihnen angesprochenen Verketzerung akzeptieren. Wir möchten nicht, daß auf dem Wege von Sonthofen fortgefahren wird. Wir möchten nicht wieder die **Aufkündigung gemeinschaftlicher demokratischer Positionen** zur Verteidigung unseres Staates mit rechtsstaatlichen Mitteln erleben, wie es im Bundestag der Fall war. Wir möchten nicht erleben, daß internationale Verflechtungen der Bundesregierung in Frage gestellt werden, wie es bei den Verträgen von Helsinki und insbesondere bei den Verträgen mit Polen geschehen ist. Wenn wir in der Lage sind, hierfür alternativ besser zu operieren, bin ich gern bereit, mich mit meiner ganzen Kraft dafür einzusetzen, daß die totale Konfrontation aufhört, die ich für unser Land für gefährlich halte. Aber wir müssen einmal anfangen, dort für Ordnung zu sorgen, wo begonnen wurde, diesen Weg zu gehen. Dieses Angebot als Alternative hat Willy Brandt an Helmut Kohl gerichtet. Ich hoffe sehr, er greift es auf.

Und damit komme ich wieder zur Sachdebatte. Ich darf in wenigen Worten sagen: Wir erwarten nicht, daß sich die Opposition im Bundestag an dem Einsammeln von Wahlversprechungen der Bundesregierung beteiligt. Ich erwarte das auch nicht von seiten der CDU/CSU-Vertreter hier. Aber ich hätte etwas dagegen, wenn Sie weiterhin die Formulierung benutzen: Wir als Opposition machen das nicht mit. „Wir als Opposition“ ist nicht die Position des Bundesrates. Aus verfassungsrechtlichen Gründen muß ich noch einmal wiederholen: Wir wollen hier nicht die Rolle von Koalition und Opposition übernehmen; das soll im Bundestag geschehen. Wir müssen, wenn wir unsere Stellung als Bundesrat durchhalten wollen, versuchen, unsere Position von den Ländern her zu begründen, ohne unser politisches Profil dabei in Frage zu stellen.

- (A) Sonst müßten wir tatsächlich über die Enquete-Kommission darangehen, die Struktur des Bundesrates zu verändern. Das würde ich aus der Geschichte dieses Hauses für falsch halten. Ich bitte Sie herzlich, die **Begriffe Opposition und Koalition nicht für den Bundesrat** zu gebrauchen; bei einer Sachdarstellung habe ich nichts dagegen.

Präsident Osswald: Als nächster hat das Wort Frau Minister Griesinger, Baden-Württemberg.

Frau Griesinger (Baden-Württemberg): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich meine, die Situation ist in der Tat für uns alle zu ernst, als daß wir hier zu fröhliche Töne, auch in einer nicht ganz berechtigten Kritik gegenüber den ernsten Worten, anschlagen. Ich habe manches Verständnis, meine Herren, die Sie erst vor kurzem in Mannheim waren, daß Sie im Augenblick in einer etwas fröhlicheren Stimmung sind als vorher. Aber andererseits scheint es mir doch sehr wichtig zu sein, daß wir auf allen Seiten das sehr ernst nehmen, was Sie, Herr Bürgermeister Koschnick, gesagt haben: Wir sollten gemeinsam dazu beitragen, daß in dieser Demokratie, die wir nach dem Kriege aufgebaut haben, deutlich wird, daß wir uns von anderen Gesellschaftssystemen dadurch unterscheiden, daß nicht nur eine Meinung erlaubt ist, sondern sogar mehrere Meinungen gefordert sind. Wir müssen in fairer, manchmal in harter Diskussion optimale Kompromisse finden, um deutlich zu machen, daß es nicht um die heile Welt und um die Durchsetzung einer Meinung geht, sondern es kommt darauf an, hier wirklich zusammenzufinden. Das ist unser Bestreben, im Blick auf die Situation der Bundesregierung ebenso wie auf die Regierungen in den verschiedenen Bundesländern. Hier haben wir sicher sehr häufig über die Parteien hinweg **gemeinsame Interessen**, wie dies auch heute deutlich zum Ausdruck gekommen ist.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte ganz kurz einen Antrag begründen, den die Länder Baden-Württemberg und Bayern eingebracht haben und der in der Drucksache 670/10/75 vorliegt. Es geht hier um die Wiederherstellung der bisherigen Fassung des § 48 Abs. 1 des **Bundesversorgungsgesetzes**. Die vom Deutschen Bundestag vorgesehene Änderung des § 48 BVG würde für die Witwen von Beschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um wenigstens 70 %, soweit sie nicht erwerbsunfähig, nicht Pflegezulageempfänger, nicht mindestens fünf Jahre Empfänger von Berufsschadensausgleich waren, ganz besonders einschneidende Folgen haben. Diese Witwen haben bisher die Witwenbeihilfe immer bekommen können, wenn ihr Einkommen die Grenze von derzeit 1 380 DM nicht überstiegen hat.

Nach der im Bundestag verabschiedeten Fassung des § 48 BVG müßte bei diesen Witwen jeweils im Einzelfall geprüft werden, ob der Beschädigte gehindert war, eine entsprechende Erwerbstätigkeit in vollem Umfang auszuüben und dadurch die Versorgung der Hinterbliebenen nicht unerheblich beein-

trächtigt war. Hierin, meine Damen und Herren, liegt die wesentliche Verschlechterung für diese Witwen: daß dieser Nachweis in vielen Fällen nicht gelingen wird und auch nicht gelingen kann; ganz abgesehen von dem erheblichen Verwaltungsaufwand der Versorgungsämter, den die Einzelprüfung verursachen wird.

Nach dem Einsparungsvorschlag des Bundestages dürften jährlich mindestens 5 000 Witwen keine Beihilfe mehr erhalten, 5 000 Witwen werden also auf eine monatliche Hinterbliebenenleistung zwischen 210 und 429 DM verzichten müssen; nur weil eine Beeinträchtigung ihrer Versorgung durch die Beschädigung ihres verstorbenen Mannes nicht nachweisbar ist — und zwar auch dann, wenn sie keinerlei andere Hinterbliebenenansprüche haben. Das ist auch sehr entscheidend!

Diese **Kriegerwitwen** werden damit in vielen Fällen in Zukunft an die Sozialhilfe verwiesen werden, obwohl sie infolge der Wehrbeschädigung ihres Mannes nicht unerhebliche Belastungen und Erschwernisse haben auf sich nehmen müssen.

Die vorgesehene Änderung des § 48 BVG greift damit in einen Kernbereich der sozialen Sicherung der Kriegsoffer ein. Ich darf hierbei auf die Ausführungen der Herren Abgeordneten Burger und Maucher im Deutschen Bundestag in der Debatte vom 6. November dieses Jahres verweisen. Kein Bereich unserer Sozialgesetzgebung wird vom Haushaltsstrukturgesetz so hart getroffen wie gerade die **Hinterbliebenen der Kriegsoffer**. Darüber täuscht auch nicht hinweg, Herr Kollege Apel, daß Sie sagen: Es wird nur ein Prozent der gesamten Ausgaben gekürzt, die gewachsen sind. Meine Damen und Herren, es kommt nicht auf die Prozentkürzung allein an, sondern es kommt darauf an, wo gekürzt wird und wer davon betroffen ist. Das ist doch das Entscheidende: daß wir zu prüfen haben, ob es einigermaßen verkraftbar ist oder nicht verkraftbar sein kann. Das ist doch die Frage, wie wir zu diskutieren haben: Wie können wir alle miteinander verantwortlich die Haushalte einigermaßen stabilisieren?

Wir haben zwar Verständnis dafür, daß aufgrund der gegenwärtigen Wirtschafts- und Haushaltslage gespart werden muß. Auch in den Ländern stehen wir ja vor demselben Problem. Wir sind jedoch der Auffassung, daß nicht von einem durch den Krieg besonders hart getroffenen Personenkreis solch einschneidende Belastungen verlangt werden dürfen. Gespart werden sollte vielmehr dort, wo nicht die sozial Schwächsten getroffen werden. Sie wissen, daß die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag entsprechende Deckungsvorschläge gemacht hat. Es ist keineswegs unsinnig, meine Damen und Herren, von der Bundesregierung eine Reduzierung der Ausgaben zu fordern, die zum Beispiel im Öffentlichkeitsbet der Bundesregierung in den letzten Jahren überproportional gewachsen sind.

Ich meine, Sie, lieber Kollege Apel, könnten sich in der Tat ein kleines Stück von Ihrem Kollegen aus Baden-Württemberg abschneiden. Unser Finanz-

(A) minister hat in der Tat sehr viel unpopulären Mut bewiesen. Wir haben das alles mitgetragen; auch der Landtag hat es mitgetragen. Wir haben zum Beispiel von unseren Beamten fordern müssen, noch 42 Stunden zu arbeiten, weil wir es als unreele Art ihnen gegenüber empfunden hätten, ihnen nicht die weiteren Planstellen zuerkennen zu können, die notwendig gewesen wären, um in der Tat nur 40 Stunden arbeiten zu können. Man kann nicht sagen: Ihr dürft 40 Stunden arbeiten —, wenn das aber gar nicht möglich ist, weil wir ihnen die zusätzlichen Planstellen nicht mitliefern können.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie darum im Interesse der Witwen unserer Kriegsbeschädigten herzlich bitten, unserem Antrag zuzustimmen. Ich vertraue darauf, daß im Vermittlungsausschuß eine Lösungsmöglichkeit gefunden werden kann, die in der Tat die Wiederherstellung des § 48 BVG möglich macht.

Präsident Osswald: Das Wort hat Herr Minister Gaddum, Rheinland Pfalz.

(B) **Gaddum** (Rheinland-Pfalz): Herr Präsident, sehr verehrte Damen, meine Herren! In den Sitzungen des Bundesrates wurde in den letzten Monaten — kann man schon sagen — des öfteren von Vertretern der verschiedenen Parteien davon gesprochen, daß wir uns **Sorge über den Stil der Auseinandersetzungen** machen. In dieser Sorge, Herr Kollege Koschnick, sind wir sicherlich auch nicht auseinander. Nur: Von der guten Absicht bis zum Vollzug ist es bisweilen ein nicht leichter Weg. Ich glaube, daß niemand in diesem Hause nicht bereit ist, eine solche Forderung mitaufzunehmen. Nur, meine ich, muß man doch wohl dahinter auch die praktischen Probleme sehen, die etwa darin bestehen — Sie haben Ihren Parteivorsitzenden angesprochen —, daß ich als Angebot nur seine Äußerungen in Mannheim verstehen kann, die Sie ja kennen. Natürlich hat das wehgetan. Ich sage dies deshalb hier, weil sie offensichtlich nicht nur uns wehgetan haben, sondern auch Vertretern der Sozialdemokratie — in ihrem Stil der Auseinandersetzung. Deshalb erwähne ich das hier. Natürlich sind solche Äußerungen, wie sie Brandt machte, vom Stil her nicht geeignet, die Situation zu verbessern.

Lassen Sie mich eine Bemerkung machen, wo es nach meiner Meinung anfangen muß. Was ich jetzt sage, gilt für beide Seiten. Die Voraussetzung für diesen Punkt ist, daß wir uns darauf besinnen, daß Mehrheiten in dieser Bundesrepublik **demokratisch legitimierte Mehrheiten** sind. Mehrheiten im **Bundestag** sind demokratisch legitimierte Mehrheiten, und Mehrheiten im **Bundesrat** sind durch die Stimmenverhältnisse der Länder demokratisch legitimierte Mehrheiten. Es muß eigentlich damit anfangen, daß man im Stil der Auseinandersetzung solche demokratisch legitimierte Mehrheiten auch dann akzeptiert, wenn es einem politisch nicht paßt. Dies ist ein entscheidender Punkt.

Ich habe gerade die „Süddeutsche Zeitung“ gelesen. Darin ist von einem Mißbrauch des Bundes-

rates die Rede, der immer dann apostrophiert wird, wenn der Bundesrat droht, Entscheidungen zu treffen, die der Regierung nicht passen. Dahinter steht im Grunde genommen die Nichtbereitschaft, demokratisch getroffene Mehrheitsentscheidungen anzuerkennen, weil sie nicht ins politische Konzept und auch nicht in die politische Überzeugung passen. (C)

Aber, meine Damen und Herren, damit fängt es eben an. Wir müssen uns dazu verstehen, daß wir im Bundestag die Mehrheiten, wie sie dort bestehen, anerkennen; aber wir müssen auch von der Bundesregierung verlangen, daß sie Mehrheitsbildungen in diesem Hause anerkennt und daß sie nicht Ergebnisse, die ihr nicht passen, von vornherein desavouiert und in einer Form kritisiert, wie es heute morgen wieder angeklungen ist. Der Herr Bundesfinanzminister hat in diesem Hause in seiner Replik, und zwar auch in der moralischen Wertung, sehr wohl zwischen dem unterschieden, was die Mehrheit und was die Minderheit des Bundesrates tut. Dabei war von den legitimen Interessen der Minderheit die Rede. Das kann im Umkehrschluß so verstanden werden, als seien die Interessen der Mehrheit die illegitimen. Ich vermute, daß das auch die neue Auslegung der Bundesregierung für den Bundestag sein wird.

Aber ich muß Ihnen sagen: Ich halte dies nicht für die richtige Form, mit der Sie, Herr Kollege Apel, so etwas im Stil der Vokabelrezension gegenüber Herrn Ministerpräsident Stoltenberg begonnen haben. Darin steckt, meine ich, ein massiver Vorwurf, den ich nicht so akzeptieren möchte; denn er geht genau in diese Problematik hinein. (D)

(Zuruf)

— Nein, das ist nicht konstruiert. — Ich habe zugehört; das ist bisweilen ganz hilfreich.

Daraus ergibt sich, daß das, was von Ihnen gesagt wurde, in diesem Punkt genau in die Richtung führt, die Herr Koschnick — ich meine, zu Recht — bedauert. Nur: Es fängt eben damit an, daß auch eine natürlich aus Ihrer Sicht fundierte Überzeugung falsch sein kann, aber daß man letztlich Mehrheitsentscheidungen in diesem Hause respektieren muß. Gehen Sie davon aus, daß ich mich als Minister einer Landesregierung hierzu in gleicher Weise wie andere Vertreter der Bundesregierung und des Bundestages auch aus ihrer Sicht legitimiert fühle.

Sie haben, Herr Kollege Apel, in einigen Passagen Ihrer Rede sehr ausführlich die bisherige Politik der Bundesregierung verteidigt, indem Sie erklärten, daß das alles richtig gewesen sei. Diese Behauptung wird, meine ich, durch ständige Wiederholung nicht besser. Ich meine auch, daß Wiederholung allein kein Argument ist.

Ich kann schon verstehen, daß Sie sich jetzt auf die **Erklärung von Rambouillet** zurückziehen; aber jeder, der dies — und zwar nicht nur in diesem Hause — verfolgt, ist sich natürlich darüber im klaren, daß die Interessen der Gesprächspartner der Bundesregierung in Rambouillet nicht unbedingt die Interessen sind, die wir hier in der Bundesrepublik

- (A) zu wahren haben. Denn daß andere Länder mit sehr viel höheren Inflationsraten ein vitales Interesse daran haben, daß wir uns ihren Situationen annähern, ist aus ihrer Sicht völlig verständlich. Wenn von daher die Bundesregierung Lob erhält, ist das für uns nicht unbedingt eine Bestätigung der richtigen Politik dieser Bundesregierung, sondern mehr eine Bestätigung dafür, daß sie im Konzept falsch ist.

(Vereinzelt Lachen)

Meine Damen und Herren, dieses Lob hat natürlich einen ganz bestimmten Sinn. Wenn Sie sagen, daß die **Haushaltsdefizite** den Gesprächspartnern nicht hoch genug gewesen seien — ja meine Damen und Herren, dann darf man dies doch wohl auch weiterdiskutieren; auch dann noch, wenn dies dort abgesprochen ist. Ich kann mich im Zusammenhang damit auf Meinungsäußerungen aus der Bundesregierung zurückziehen. Es geht nicht darum, daß irgend jemand die weltweite Verflechtung der Wirtschaft in der Bundesrepublik bestreiten will; es geht aber darum, daß diese weltweite Verflechtung schlechthin als Entschuldigung für alles gilt, was falsch gemacht wurde. Diese These, daß nur diese weltweite Verflechtung die Ursache sei, ist eine These von Teilen der Bundesregierung. Ich sage ganz bewußt: von Teilen der Bundesregierung; denn Sie wissen genausogut wie ich, daß der Bundeswirtschaftsminister in diesem Punkt Ihre Meinung nicht teilt, sondern daß er im Bundestag und auch bei verschiedenen Gelegenheiten sehr exakt und sehr deutlich darauf hingewiesen hat, daß Fehlentwicklungen in der Bundesrepublik festzustellen sind, daß wir einen Rückgang der Investitionsquote in der Bundesrepublik gehabt haben, und zwar zurückzuführen auf Fehlentscheidungen in der Bundesrepublik vor der weltweiten Rezession. Dies sind Dinge, die nicht von uns erfunden worden sind. Ich bin der Meinung, gerade die Äußerung von Herrn Friderichs macht deutlich, daß in der Bundesregierung divergierende Meinungen bestehen. Wenn CDU/CSU-regierte Länder diese Frage hier ansprechen, können sie sich nicht nur darauf beziehen, sondern auch auf Äußerungen der Bundesbank, auf Äußerungen des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium.

Herr Kollege Apel, ich weiß nicht, ob es sehr überzeugend ist, wenn Sie all diese Institutionen sozusagen des ökonomischen Nichtwissens bezichtigen, als liege der ökonomische Sachverstand allein bei der Bundesregierung. Sie argumentieren immer exakt damit, daß Sie an die ökonomische Einsicht appellieren — was im Prinzip richtig ist —; aber das bedeutet bei Ihnen: Zustimmung zur Bundesregierung. Genau damit hört es eben auf: daß Sie glauben, der ökonomische Sachverstand sei allein dort zu Hause.

Wenn man sich die Äußerungen nicht nur einiger „freischaffender Künstler“ — damit meinen Sie offensichtlich den Präsidenten des Bundesrechnungshofes —

(Widerspruch von Bundesminister Dr. Apel)

— Ich nehme die Korrektur gern zur Kenntnis.

(C)

(Dr. Apel: Vor dem habe ich viel zu viel Angst!)

Aber Sie haben die freischaffenden Künstler angesprochen. Es ziemt sich durchaus, auch freischaffenden Künstlern einen gewissen Respekt entgegenzubringen. Ich könnte mir denken, davon gehen manchmal schon machtvolle Wirkungen aus. Aber ich nehme Ihre Korrektur gerne zur Kenntnis.

Wenn Sie aber diese Äußerungen einmal sachlich gewichten, kommen Sie, meine ich, nicht darum herum, daß die Bundesregierung mit dieser Erklärung, es handele sich ausschließlich — und ich betone: ausschließlich! — um **Ergebnisse der weltwirtschaftlichen Verflechtung**, mehr oder weniger allein dasteht und daß sie von niemandem, der die Entwicklung in der Bundesrepublik verfolgt hat, in dieser Form abgenommen werden kann.

Lassen Sie mich hierbei auch auf eine Auseinandersetzung mit eingehen, nämlich die Frage des **Sparens**, die Frage der **Alternativen**. Es war zu erwarten, daß dieses Thema wiederkam. Nur: Herr Bundesfinanzminister, es kommt darauf an, wer dieses sagt. Wenn Sie dieses hier sagen, muß ich Ihnen antworten, daß es für mich etwas an Gewicht und auch an Bedeutung dadurch verloren hat, daß Sie bei verschiedenen Gelegenheiten von sich aus davon gesprochen haben, ein Mehr an Sparen sei gefährlich. Das Wort vom **Kaputtsparen des Aufschwungs** stammt von Ihnen. Meine Damen und Herren, ich halte dies schon für eine ganz bemerkenswerte Vokabel. Damit wird doch im Grunde genommen jeder Vorschlag, der in dieser Richtung kommen könnte, von vornherein desavouiert, und dies haben Sie bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt. Was erwarten Sie eigentlich? Sie erwarten, daß Vorschläge gemacht werden, von denen Sie von vornherein sagen, daß sie von der Grundkonzeption her falsch sind. Deshalb braucht man sie ja doch eigentlich gar nicht zu machen. Dies ist ein Gedanke, der von Ihnen hier in die Diskussion eingeführt wurde.

(D)

Wir sind der Meinung — und wir haben dies bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt —, daß der Weg eben nicht der Weg ist, den die Bundesregierung hier vorgeschlagen hat, und daß es genau darum geht, daß hier eben nicht ein in sich geschlossenes Konzept vorliegt, Herr Koschnick, wie Sie soeben meinten, sondern daß dieses **Konzept**, das hier vorliegt, eben in verschiedenen Punkten durchaus **brüchig** ist. Es ist nach den eigenen Perspektiven der Bundesregierung brüchig, die hierzu vorliegen; ihre eigenen Perspektiven sind nicht schlüssig in der Zusammenstellung der Wachstumszahlen, der Steuererwartungszahlen, der erwarteten Lohn- und Gehaltsentwicklung und der daraus folgenden Kreditentwicklung. Ich habe das hier und bei anderen Gelegenheiten gesagt, und die Bundesregierung hat dem bisher nie widersprochen, weil sie genau weiß, daß diese Zahlen nicht stimmen, daß dieses Konzept ein Hinüberretten ist über ein Jahr, aber nicht ein Konzept zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Genau das ist doch der Punkt. Wenn hier nur

- (A) ein solches in sich nicht geschlossenes Konzept vorgelegt wird, dann kann man doch nicht von der — jetzt sage ich einmal: Opposition — CDU/CSU oder von den einzelnen Ländern erwarten, diese Bundesregierung in diesem entscheidenden Punkt sozusagen zu ersetzen. Wir haben unsere **grundsätzliche Gegenkonzeption** hierbei durchaus deutlich gemacht; aber dies dann auszufüllen, ist nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe besteht eben nicht darin, hier deutlich zu machen, daß diese Bundesregierung die einzig mögliche Lösung dargestellt hat, sondern es ist unsere Verantwortung, hier deutlich zu machen, daß dieses Konzept eben in sich nicht schlüssig ist. Das haben wir im ersten Durchgang hier schon gesagt, und dies ist heute morgen von Herrn Ministerpräsident Stoltenberg noch einmal ausgeführt worden.

Die Bundesregierung ist hier in ihren Äußerungen eben nicht offen und, ich sage einmal, nicht konsequent. Hier ist vorhin das Wort vom Verschleiern gefallen. Lassen Sie es mich in diesem Zusammenhang noch einmal wiederholen. Es wird hier erklärt: Die CDU macht Vorschläge, aber sie macht keine Deckungsvorschläge. Sie sprachen von den konjunkturanregenden Maßnahmen. Ja, meine Damen und Herren, glauben Sie, wir hätten schon vergessen, daß uns diese Bundesregierung Ende des vergangenen Jahres ein Konzept mit der **Investitionszulagenregelung** vorgelegt hat, ein Konzept, das Einnahmeausfälle nach den seinerzeitigen Schätzungen von etwa 5 bis 6 Milliarden brächte. Und dann stand unten drunter der platonische Satz „Kosten: keine“! Die Bundesregierung, daraufhin gefragt, erklärte:

- (B) Der wirtschaftliche Aufschwung spielt das alles wieder ein. Wenn aber die Opposition solche Vorschläge macht, wird gefragt: Wo bleiben denn eure Deckungsvorschläge?

Meine Damen und Herren, wo bleiben denn Sie da in sich konsequent? Denn dieses Argument, in diesem Punkte müßten Deckungsvorschläge verlangt werden, haben Sie eigentlich damit verspielt, daß Sie sie selber bei entsprechenden Vorschlägen nicht gebracht haben — aus Gründen, die ich hier nicht weiter untersuchen will. Wir haben dies bereits seinerzeit hier erklärt.

Ich glaube, daß von daher die Frage nach der Alternative nicht die Frage ist, die hier zu beantworten ist. Die Frage, die wir zu beantworten haben, ist vielmehr: Ist dieses Konzept der Bundesregierung ein in sich schlüssiges Konzept? Ich sage hierzu: Dies ist es nicht. Ich brauche das nicht im einzelnen zu begründen, weil das schon geschehen ist.

Lassen Sie mich noch eine letzte Bemerkung machen. Daß die Bundesregierung der Meinung ist, daß man die **Arbeitslosenversicherung** im Gesetzgebungsverfahren **abtrennen** soll und daß sie dieser Meinung stets gewesen sei, Herr Bundesfinanzminister, wie Sie dies gesagt haben, habe ich mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Wenn Sie stets dieser Meinung waren, hätten Sie es gleich von Anfang an tun sollen. Sie haben dieses Gesetz ja nicht so eingebracht, sondern als ein Gesetz vorgelegt. Sie haben hier — das ist also jetzt offensichtlich —

eine Änderung der Meinung vollzogen, die ich zur Kenntnis nehme und die vielleicht — das will ich gar nicht ausschließen — das Verfahren erleichtert. (C)

Aber lassen Sie mich im Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung und zur Sache selbst doch noch eine Bemerkung machen. Es geht hierbei nicht darum, daß man unbedingt ja sagen muß zu einer, wie es heißt, Konsolidierung der Arbeitslosenversicherung, sondern man muß hierbei doch sehen, daß es bei der Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um ein Teilproblem geht, das zusammengeesehen werden muß mit der Situation der öffentlichen Krankenkassen, ob der Ortskrankenkassen oder der Ersatzkrankenkassen, das zusammengeesehen werden muß mit der **Situation der Rentenversicherungen**. Ich empfehle Ihnen dringend das Studium des letzten **Bundesbankberichts** über die Situation in diesem Bereich. Wenn Sie diesen Bericht gelesen haben, dann haben Sie ja wohl ganz deutlich vor Augen geführt bekommen — und das sind ja wohl hoffentlich nicht auch freischaffende Künstler für Sie —, daß wir in der Tat in dem gesamten Feld in eine Problematik hineinlaufen, die sich nicht mit einer Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages sanieren läßt.

Genau das ist doch der Vorwurf, den wir erheben, daß hier ein **lückenhaftes Programm** vorgelegt wird, mit dem der Eindruck erweckt wird, daß die wirtschaftliche und die finanzielle Stabilität der Versicherungsträger und des Bundes und der öffentlichen Haushalte wiedergewonnen werden kann. Genau dies erreichen Sie nicht, sondern das Problem wird eine gewisse Zeit vor sich hergeschoben. (D) Dies nicht mitzumachen, das ist genau auch unser Auftrag als Länder in diesem Hause. Denn wir haben gerade heute immer wieder gehört, wie schnell wir uns mitverantwortlich machen. Ich möchte in diesem Hause nicht in wenigen Monaten gesagt bekommen, wenn dann das, was hier beschlossen ist, schiefgeht: Ja, ihr habt zugestimmt, also seid Ihr mitverantwortlich. Genau dieser **Appell an die Mitverantwortung** bestärkt uns allerdings in der Notwendigkeit, einigen Punkten dieser Vorlagen zu widersprechen im Interesse dieser Mitverantwortung, zu der wir in der Tat hier gerufen sind.

Präsident Osswald: Bevor ich das Wort weitergebe, darf ich vielleicht einmal klarstellen: ich habe vorhin den Herrn Bundesfinanzminister im Hinblick auf die **Wertung der Länder** nicht so verstanden, daß er von guten und weniger guten Ländern sprach, sondern bei der Wertung die Palette der Antragstellung nahm, und daß er differenzierte zwischen dem, was eine breite Zustimmung findet, und dem, was weniger Zustimmung findet. Ich wollte dies nur klarstellen, damit hier in dieser Frage keine Irrtümer entstehen.

Als nächster hat das Wort Herr Stoltenberg.

Dr. Stoltenberg (Schleswig-Holstein): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich auf einige wenige Bemerkungen beschränken. Ich

- (A) darf feststellen, daß der Bundesfinanzminister und auch die Kollegen der sozialdemokratisch geführten Landesregierungen einen der Kernpunkte, auf den es mir heute ankam, im Grunde nicht aufgenommen haben. Uns geht es um die Feststellung, daß wir Fiskalpolitik, das Problem der Deckung von wachsenden Defiziten, der erschütterten Grundlagen der Sozialversicherung nicht mehr diskutieren, weil nicht lösen können, ohne gleichzeitig **Voraussetzungen und Bedingungen für einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung** und damit die Chance wirklich steigender Steuereinnahmen ohne ständige Erhöhung der Steuern und Abgaben einzubeziehen.

Wenn dieser Zusammenhang, der eine wesentliche Rolle in unseren Beiträgen gespielt hat, nicht aufgenommen wird, dann ist das heute vielleicht aus Zeitgründen zu erklären, nur werden Sie dann nicht dem gerecht, was wir hier gemeint haben und worauf es uns ankommt. Wir werden an anderer Stelle diese Diskussion zu vertiefen haben.

- (B) Sie kennen die Zahlen, Herr Bundesfinanzminister. Welches Wachstum wir nächstes Jahr und nicht nur in einem Jahr, sondern über eine ganze Reihe von Jahren hinweg etwa in der mittelfristigen Finanzplanung erreichen, entscheidet in erster Linie und unvergleichlich stärker über die Lage der öffentlichen Finanzen als das, was heute etwa in der Frage der Zustimmung oder Verweigerung einer Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge ansteht. Zwei Prozent mehr oder weniger Wachstum im kommenden Jahr bedeuten allein auf dem Gebiet der Steuern Differenzen von 4 Milliarden DM plus oder minus für die öffentlichen Kassen. Dazu kommen die indirekten Auswirkungen aus der Situation der Sozialversicherung, die sich im Haushalt niederschlagen.

Dies ist der Grund, nicht ein taktisches Ausweichen vor Einzelfragen, weshalb wir die Erweiterung der Debatte über die volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen Ihrer Vorschläge für notwendig halten. Wenn Sie im Augenblick darüber — vielleicht aus ganz guten Gründen — nicht diskutieren wollen, sollten Sie nicht den Eindruck erwecken, daß wir hier nicht eine grundlegend andere Konzeption zur Diskussion stellen, als sie in Ihren Vorlagen angesprochen ist. Deswegen ist die Behauptung, in der Kritik von unserer Seite seien Züge der Resignation erkennbar gewesen, ein subjektives Mißverständnis. Man könnte hier in der Gegenreaktion auch an das von Ihnen zitierte Gelächter von Rambouillet denken.

Aber ich will hier ein zweites sagen. Es ist ja von Ihnen und dann auch von Herrn Kollegen Koschnick die **Frage des guten Stils** angeführt worden. Da ich angesprochen wurde, will ich etwas dazu sagen. Ich halte Feststellungen oder Wertungen, daß wir eine Auszehrung der Finanzgrundlagen der Sozialversicherung erleben, für eine Frage der politischen Kategorien des Urteils. Ich halte das nicht für eine Stilfrage. Und einem politischen Gegner oder einer Regierung Unvermögen, die gesetzten oder gestellten Ziele zu erreichen, vorzuwerfen, ist vollkommen legitim. Der Ausdruck

Täuschung ist etwas härter, in diesem Falle, wie ich glaube, begründet. (C)

Nur eines will ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen, Herr Bundesfinanzminister: wenn die Bundesregierung und wenn der Bundeskanzler ihre **Bewertung der Arbeit dieses Verfassungsorgans** nicht ändern, werden wir diese Diskussion noch härter führen müssen. Ich glaube nicht mehr an einen Zufall, wenn am Tage vor der Sondersitzung des Bundesrates zu dieser Frage der Bundeskanzler in einem **Rundfunkinterview**, das heute in allen Zeitungen steht, folgendes zu der Arbeit dieses Hauses sagt; und dies ist vielleicht auch eine Frage, die das Präsidium einmal beschäftigen sollte; wir werden anregen, daß sich das **Präsidium** mit dieser **Stellungnahme des Bundeskanzlers beschäftigt**. Er sagt nach dieser Meldung der deutschen Presseagentur im Süddeutschen Rundfunk, auf vielen Feldern werde das Verfassungsorgan Bundesrat zu einem Kampfinstrument in der Hand desjenigen denaturiert, der die Sonthofener Strategie vollziehen möchte. Damit ist offenbar die Mehrheit des Bundesrates gemeint.

Diese Sprache und diese politische Wertung ist unerträglich und nimmt Ihnen jede Legitimation, sich als Vertreter dieser Bundesregierung über Vokabeln wie Auszehren, Unvermögen oder auch gar Täuschung hier noch irgendwie im Sinne des Stilprinzips zu äußern. Ich kann hier nur warnen, daß Herr Schmidt das fortsetzt, was Herr Brandt in Mannheim begonnen hat, ebenfalls vorsätzlich. Denn meine Bemerkung über die **Verketzerung des politischen Gegners** bezog sich natürlich auf die Äußerung des Herrn Bundeskanzlers a. D. Brandt von Mannheim, wir, die Unionsparteien seien ein Sicherheitsrisiko. Aber das geht ja weiter, wie man in den deutschen Zeitungen heute lesen kann. Ich glaube nicht mehr an den Zufall, Herr Koschnick, in der Wahl der Termine und der Worte. Ich melde hier nachdrücklichen Protest an, daß der Bundeskanzler diese **Diffamierungskampagne** nicht nur gegen die Unionsparteien, sondern **gegen das Verfassungsorgan Bundesrat** weiterführt und verschärft. Ich sage ihm voraus, daß wir hier und auch außerhalb dieser Reihen härter debattieren, wenn dieses Verfassungsorgan oder eine Mehrheit in diesem Organ weiterhin von dem Chef der Bundesregierung in dieser unqualifizierten Form angegriffen und beleidigt wird. (D)

Das möchte ich zu diesem Thema sagen, da Sie diese Diskussion weiterführen wollten.

Meine Damen und Herren, die wichtigste und insoweit positive Sachfeststellung des Herrn Bundesfinanzministers ist von dem Kollegen Gaddum schon hervorgehoben worden. Herr Gaddum hat darauf hingewiesen, daß sich der Bundesfinanzminister mit der **Auftellung des Gesetzes**, wie es von uns verlangt wird, einverstanden erklärt hat. Daß er das schon immer gewollt hat, war für uns bisher nicht erkennbar, auch nicht aus den amtlichen Äußerungen der Bundesregierung. Aber dies ist dann ein Schritt voran für die schwierigen Probleme, die wir im **Vermittlungsausschuß** vor uns haben.

(A) Ich möchte aber gar keinen Zweifel daran bestehen lassen, daß diese Aufteilung alleine die Probleme nicht löst. Ich möchte der Erwartung Ausdruck geben, daß die Bundesregierung, die Koalition und alle Bundesländer bereit sind, die notwendigen und dann mit besonderem Nachdruck zu begründenden Änderungen an der Vorlage auch in den teilweise hier sachlich aufgewiesenen Punkten zu diskutieren. Sonst werden wir mehrere Vermittlungsverfahren bekommen; daran kann überhaupt gar kein Zweifel bestehen. Denn das, was Sie hier zur **Mithaftung der unionsregierten Länder** — oder in einer politischen Bemerkung zum Bundestag der dortigen Opposition — für kontroverse Vorlagen gesagt haben, unterstreicht ja die Notwendigkeit, die eigenen Positionen noch deutlicher zu vertreten. Ich stimme ausdrücklich dem nicht zu, was hier von Herrn Kollegen Koschnick bemerkt wurde; ich stimme dem nicht zu, wenn gesagt wurde, daß wir in Punkten, in denen wir uns im Vermittlungsverfahren um Verbesserungen bemühten und unter Aufrechterhaltung und Verdeutlichung prinzipieller Einwände schließlich ein kontroverses Gesetz passieren ließen, damit das Recht auf jede Kritik verloren hätten.

Wenn wir bei der Neufestsetzung der **Erbschaft- und Vermögensteuer** unsere Vorstellung nicht voll durchsetzen konnten und einen Kompromiß abschlossen, aber in der Beratung hier und unsere Freunde im Bundestag die Einwände gegen den Kompromiß deutlich machten, wenn wir bei der Neuregelung der **Einkommensteuer** uns ähnlich verhalten haben, um auf dem Wege des Kompromisses Ziele zu erreichen wie Steuerentlastung für die breiten Schichten der Bevölkerung, und unter Aufrechterhaltung bestimmter Bedenken gegen andere Elemente zustimmten, dann ist es legitim und folgerichtig, wenn wir diese Kritik auch in der künftigen politischen Auseinandersetzung aussprechen, vor allem dann, wenn diese Einwände sich als richtig erwiesen haben. Genauso können Sie sich darauf berufen — das wird Ihnen niemand absprechen —, wenn Sie im Gesetzgebungsverfahren Kompromisse eingehen mußten, daß ursprüngliche Zielsetzungen nicht voll erreicht werden konnten. Nur so ist nach meiner Auffassung eine sinnvolle Diskussion über die wirklichen Verantwortlichkeiten möglich.

Daß wir hier die Mitwirkung „verweigern“ — ich nehme eine Vokabel von Herrn Koschnick auf, der davor gewarnt hat —, wird nach dieser Debatte niemand behaupten können. Wir machen in der prinzipiellen Wertung einen deutlichen Unterschied zwischen der Behandlung der Sparvorlagen im Vermittlungsverfahren und der Behandlung des Teils „Arbeitslosenversicherung“. Wir werden um eine Verbesserung durch Einzelvorschläge, vor allem auch in der Systematik der Kürzungen bemüht sein.

Präsident Osswald: Ich darf vielleicht eine Bemerkung hier anfügen. Ich habe diese Pressemeldungen im einzelnen noch nicht verfolgen können, die von Ihnen, Herr Stoltenberg, angesprochen wurden. Wenn diese zutreffen sollten, werde ich Gelegen-

heit nehmen, dieserhalb ein **Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler** zu führen. (C)

(Dr. Stoltenberg: Schönen Dank!)

Als nächster hat das Wort Herr Bundesfinanzminister Apel.

Dr. Apel, Bundesminister der Finanzen: Meine Damen und Herren, seien Sie versichert, daß ich sehr kurz sein werde.

Erste Bemerkung. Herr Kollege Stoltenberg, in einer improvisierten Rede vergißt man manchmal etwas; deswegen will ich jetzt gerne unsere Bemerkungen zum **wirtschaftlichen Aufschwung** nachschieben. Wir sind hier völlig einer Meinung: Entscheidend ist die Rückgewinnung eines hohen Grades an Beschäftigung in unserem Lande; denn wenn dies nicht unser oberstes Ziel wäre, dann wären alle Versuche der Sanierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden zum Scheitern verurteilt. Ich glaube, da gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Nur gehört dazu nach unserer Überzeugung eben auch Mut und Bereitschaft, öffentliche Defizite so lange durchzuhalten, bis dieses Ziel erreicht ist. Sie dagegen — so mußte ich Ihre Intervention eben verstehen — sind der Meinung, man müßte über das hinaus, was wir jetzt getan haben, noch **steuerliche Erleichterungen für Unternehmen** anvisieren.

Ich möchte doch in diesem Kreise wirklich einmal über **Zahlen** reden dürfen, damit wir wenigstens auf einer Ebene argumentieren. Wir haben zur Zeit in unserem Lande ein Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit von rd. 600 Milliarden DM. Ein Punkt zusätzlich bei Lohn und Gehalt sind 6 Milliarden DM. Unsere Wirtschaft ohne Wohnungsbau ist bei der Kreditwirtschaft in einer Größenordnung von rund 400 Milliarden DM verschuldet. Ein Punkt Zinsniveauveränderung bringt Kostenbelastungen oder Kostenentlastungen von 4 Milliarden DM. Wir exportieren in diesem Jahre etwa 140 Milliarden DM in den Währungsraum, mit dem wir nicht über feste Wechselkurse verbunden sind. Das soll ja nach Rambouillet besser werden; bis dato war das nicht der Fall. Ein Prozentpunkt Veränderung z. B. der DM-Dollar-Relation bedeutet 1,4 Milliarden DM mehr oder weniger. Hier liegen die eigentlichen Punkte, und hier übernimmt die Bundesregierung ihre Verantwortung, soweit ihr Verantwortung zusteht, indem sie deutlich macht, daß bei den Löhnen und Gehältern Augenmaß notwendig ist; aber wir halten den Tarifpartnern keine Stöckchen hin; indem sie zusammen mit der Bundesbank eine Kreditpolitik fördert — auch durch ihre Kreditaufnahme —, die das Zinsniveau niedrig hält, und indem wir mit unseren Partnern die erratischen Schwankungen in den Wechselkursrelationen abdämmen wollen. (D)

Gegen diese Größenordnungen nimmt sich natürlich all das, Herr Kollege Stoltenberg, was man bei Steuern machen könnte, als wirklich nur vertrauensbildende Maßnahmen aus. Das muß man einmal in den Quanten sehen: 1 % Lohn- und Gehaltssteigerung 6 Milliarden DM, 1 % Zinsveränderung 4 Milliarden DM, 1 % Veränderung der DM-Dollar-Rela-

- (A) tion 1,4 Milliarden DM. Dies sind die wahren Probleme der Kostenbelastung unserer Wirtschaft. Dagegen beträgt die gesamte Vermögensteuer in einem Jahr nur 3 Milliarden DM. Das sind die Punkte, und deswegen wollen wir doch nicht von den Punkten ablenken, um die es wirtschaftspolitisch geht: Zinsen, Export, Dollar-DM-Relation und auch Löhne und Gehälter. Im übrigen ist die Debatte in der Bundesregierung zu dem Thema Steuererleichterungen noch keineswegs abgeschlossen; allerdings habe ich auf dem Mannheimer Parteitag deutlich gemacht, wohin die Reise gehen könnte.

Zweite Bemerkung. Ich erinnere mich noch sehr genau an die nächtliche Stunde, in der wir den **Steuerreformkompromiß** geschlossen haben; Sie sicherlich auch. Es stand damals die Alternative zur Debatte: Vermögensteuer oder Vorsorgepauschale. Sie wissen selbst, was die Unionsparteien gewählt haben: ihnen war die Vorsorgepauschale lieber als die Vermögensteuer. Ich glaube, in diesem Punkte kann ich wirklich dem zustimmen, was Bürgermeister Koschnick gesagt hat: Hier tragen wir eine gemeinsame Verantwortung. Schauen Sie sich im übrigen einen Belastungsposten für die verarbeitende Wirtschaft an, meine Damen und Herren: 17 Milliarden DM Gewerbesteuer. Ich frage Sie als diejenigen, die mitverantwortlich sind für die Finanzen der Gemeinden, ob Sie hier wirklich irgendeinen Weg sehen, diese Belastung zu reduzieren. Ich sehe ihn nicht. Also verschieben wir doch auch hier nicht die Verantwortung und die Zuständigkeit!

- (B) Letzte Bemerkung. Ich will mich hier nicht auf Zeitungsartikel stützen in der Frage, ob die Debatte hier härter werden sollte oder nicht. Im übrigen, Herr Kollege Stoltenberg, habe ich vor harten Debatten keine Angst; nur müssen wir uns dann vielleicht auch einmal vor Augen führen, wie sich das darstellen könnte, was Sie in der Finanzpolitik zur Zeit treiben. Das könnte man nämlich, wenn man böswillig ist, unter das Motto stellen: „Mehreinnahmen bekommt die sozial-liberale Koalition nicht; das Defizit, das sie hat, werden wir verketteln.“ Dann bleibt doch nur noch die Frage offen: Wohin soll eigentlich diese Taktik, die Sie augenscheinlich anwenden, führen? Soll Sie dazu führen, daß die Bürger am 3. Oktober 1976 CDU wählen? Da könnte ich nur sagen: Die Rechnung wird nicht aufgehen, denke ich. Aber Taktik dieser Art ist immerhin vorstellbar. Oder aber soll dieses Spiel auch nach dem 3. Oktober 1976 fortgesetzt werden? Dann allerdings kommt der Bundesrat in eine Situation, bei der man sich fragen muß, ob es die verfassungsmäßige Ordnung will, daß die **Verbesserung der Finanzstrukturen von Bund und Ländern** — denn, wenn wir über Mehrwertsteuer sprechen, wird ja auch über Länderfinanzen mit entschieden — so behandelt werden kann. Aber, Herr Präsident, insgesamt bin ich dafür, daß wir in diesem Hause so miteinander sprechen sollten wie bisher. Auch die heutige Debatte hat nach meiner Überzeugung — da muß mich Herr Kollege Stoltenberg falsch verstanden haben — diese Grenzen überhaupt nicht überschritten.

Präsident Osswald: Als nächster hat das Wort (C) Herr Minister Halstenberg, Nordrhein-Westfalen.

Prof. Dr. Halstenberg (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehen Sie mir nach, daß das Land Nordrhein-Westfalen noch zu Wort kommen möchte. Herr Kollege Stoltenberg, Sprachregelungsverschärfungen werden in meiner Person nicht Platz greifen.

Was denkt sich **Nordrhein-Westfalen** bei den Entscheidungen, die wir hier vorbereiten? Ich möchte hier nicht über die großen politischen Dimensionen sprechen, sondern, Herr Bundesfinanzminister, eingedenk Ihres letzten Satzes sagen: Ich entscheide hier auch mit über die Finanzen meines Landes. Das ist der Bezugspunkt, mit dem ich mich einen Augenblick beschäftigen möchte.

Auch für Nordrhein-Westfalen, in dem sich ein Drittel aller industriellen Prozesse vollzieht, ist die Beschäftigung in der Zukunft ein gravierender Aspekt, und auch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen steht ständig in dem **Konflikt** zwischen **Konjunkturpolitik** und **Finanzpolitik**. Wir haben es so gesehen und sehen es mit der Bundesregierung so, daß dieses Jahr im Haushaltsvollzug das Jahr der Konjunkturpolitik war, und nun müssen wir auf Finanzpolitik umschalten. **Steuererleichterungen**, die die Lösung unserer finanzpolitischen Aufgaben erschweren, haben für mich nur dann einen Sinn, wenn die Verhältnismäßigkeit des großen Erfolges gewährleistet ist. Wir sind der Ansicht, daß es die Ertrags- und Umsatzerwartungen sind, die (D) neue Investitionen in Gang setzen, nicht minimale, stimmungsmachende Steuererleichterungen. Daher wird Nordrhein-Westfalen bei Steuererleichterungsvorschlägen zurückhaltend mit überlegen.

Hauptabschnitt: **gemeinsame Verantwortung**. Was dazu gesagt wurde, ist alles aktenkundig durch Abstimmungsergebnisse. Die intellektuelle Doppelstrategie, Herr Kollege Stoltenberg, daß man seine Stimme für das eine, sein Herz aber für das andere gibt, läßt zwar alle möglichen intellektuellen Argumentationen offen, aber politisch hat man sich mit seiner Stimme festgelegt und Gesamtverantwortung mit übernommen, auch Nordrhein-Westfalen.

Es gibt einen zweiten Punkt, den wir bisher, glaube ich, hier noch nicht so deutlich genannt haben, worin die gemeinsame Verantwortung, worin Mitverantwortung deutlich geworden ist, nämlich, meine Herren von den CDU-regierten Ländern, die **Struktur Ihrer eigenen Haushalte**. Warum unterscheidet sich denn eigentlich die Struktur und die Entwicklung Ihrer Haushalte nicht grundlegend von unseren, wenn Sie gewußt hätten, wie Sie anders zu steuern gehabt hätten? Der Einfluß, den wir Länder auf die Bundesfinanzpolitik haben, darf nun einmal nicht immer nur unter umsatzsteuer-verteilungspolitischen Aspekten minimalisiert werden. In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, wächst unser **finanzpolitischer Entwicklungsspielraum** von Jahr zu Jahr um mehr als einen Punkt, was die von Ihnen ja so hoch verehrte Bundesbank in ihrem

- (A) August-Bericht klipp und klar gesagt hat. Wenn sich aber alle unsere **Landeshaushalte** strukturell so entwickeln wie der Bundeshaushalt, dann sind wir auch in unserer eigenen Staatsführung mitverantwortlich. Ich empfehle, daraus den Schluß zu ziehen, daß wir mitmachen. Nun können wir uns — anders als die Bundestagsopposition — nicht darauf berufen, daß wir von der Sache nicht genug wüßten. Wo bleibt denn unser fachpolitischer Hochmut, mit dem wir doch immer sagen, wenn wir an Gesetzen mitwirken, wie gut wir es wissen und wieviel besser wir es wissen? Meine Herren von den sogenannten B-Ländern, wissen Sie es doch bitte auch hier besser, denn wenn Sie es besser wüßten, müßten Sie es sagen, und Sie dürften es hier nicht verschweigen.

In einigen kleinen Punkten haben auch wir Nordrhein-Westfalen Verbesserungs- und Verschlechterungsvorschläge vorgetragen. Ich habe beinahe ein schlechtes Gewissen wegen der Verschlechterungsvorschläge; ich werde dieses schlechte Gewissen in meinem Beitrag im Vermittlungsausschuß artikulieren.

(Heiterkeit)

Ich schließe mit der ganz kurzen Bemerkung: Ein **Konsolidierungsbeitrag** von 40 Milliarden DM für den Planungszeitraum ist mehr als ein Verlegenheitsschritt. Ein Konsolidierungsschritt im Volumen von 40 Milliarden DM ist ein ernsthafter Anfang. Uns entlastet er um 7 Milliarden DM. Wenn Sie, meine Herren von den B-Ländern, darauf verzichten können — ich kann es nicht.

(B)

Präsident Osswald: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu liegen vor: die Empfehlungen des Finanzausschusses in Drucksache 670/1/75 und Länderanträge in den Drucksachen 670/2/75 bis 670/14/75.

Da die Anrufung des Vermittlungsausschusses aus mehreren Gründen begehrt wird, muß ich gemäß § 31 unserer Geschäftsordnung zunächst allgemein feststellen, ob eine Mehrheit für die Anrufung des Vermittlungsausschusses vorhanden ist. Wer also für die Anrufung des Vermittlungsausschusses ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die große Mehrheit.

Wir stimmen nunmehr über die einzelnen Anrufungsgründe ab.

Ziff. 1 zusammen mit Ziff. 3 in der Ausschlußempfehlungsdrucksache 670/1/75 unbeschadet des Antrags des Landes Baden-Württemberg in der Drucksache 670/11/75. Wer also Ziff. 1 und 3 der Ausschlußempfehlungen mit dieser Maßgabe zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Antrag des Landes Baden-Württemberg in Drucksache 670/11/75 unbeschadet der vorangegangenen Abstimmung über Ziff. 3 der Ausschlußempfehlung.

gen. Wer folgt diesem Antrag von Baden-Württemberg? — Das ist die Minderheit. (C)

Wir stimmen nunmehr ab über Ziff. 2 in der Ausschlußempfehlungsdrucksache 670/1/75. Wer möchte dem zustimmen? — Dies ist die Mehrheit.

Jetzt kommt der Antrag des Landes Baden-Württemberg in Drucksache 670/6/75. Ich bitte um das Handzeichen! — Das ist die Mehrheit.

Wir stimmen nunmehr ab über Ziff. 4 in der Ausschlußempfehlungsdrucksache 670/1/75. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Dies ist die Mehrheit.

Antrag des Landes Niedersachsen in Drucksache 670/3/75. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Antrag des Landes Niedersachsen in Drucksache 670/14/75. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein in Drucksache 670/12/75 betreffend Streichung der im Gesetz vorgesehenen **Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung**. Wer folgt diesem Antrag der genannten vier Länder? — Das ist die Mehrheit.

Antrag der Länder Baden-Württemberg und Bayern in Drucksache 670/10/75. Wer dem folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Antrag des Landes Baden-Württemberg in Drucksache 670/7/75. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit. (D)

Wir behandeln jetzt die Empfehlungen und Anträge zum **Krankenhausfinanzierungsgesetz**. Ich mache darauf aufmerksam, daß Ziff. 5 der Ausschlußempfehlungen im ersten Teil insgesamt drei verschiedene Änderungen zum Inhalt hat, wie auch in den Absätzen 1 bis 3 der Begründung zu der Ausschlußempfehlung hervorgehoben wird. Zu diesen drei Änderungen ist getrennte Abstimmung beantragt worden. Wir stimmen demgemäß getrennt ab wie folgt:

Die erste vom Finanzausschuß empfohlene Änderung unter Ziff. 5 Nr. 1 betrifft die Streichung von Art. 35 Nr. 1 des Haushaltsstrukturgesetzes. Ich darf hier auf die Begründung unter dem ersten Spiegelstrich auf Seite 7 oben hinweisen. Wer stimmt dieser Ausschlußempfehlung zu? — Das ist die Mehrheit.

Die zweite vom Finanzausschuß empfohlene Änderung betrifft Art. 35 Nr. 2 des Haushaltsstrukturgesetzes und ist positiv aufgeführt in der Ausschlußempfehlungsdrucksache unter Ziff. 5 Nr. 1; siehe hierzu auch die Begründung unter dem zweiten Spiegelstrich. Wer folgt dieser Ausschlußempfehlung? — Das ist die Minderheit.

Die dritte vom Finanzausschuß empfohlene Änderung unter Ziff. 5 Nr. 1 betrifft die Streichung von Art. 35 Nr. 3 des Haushaltsstrukturgesetzes; siehe hierzu die Begründung unter dem dritten Spiegel-

- (A) strich. Wer stimmt dieser Ausschußempfehlung und dem damit übereinstimmenden Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen in Drucksache 670/13/75 zu? — Das ist die Mehrheit.

Wir beschließen nunmehr über die Ausschlußempfehlung unter Ziff. 5 Nr. 2 betreffend § 30 Abs. 2 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes. Wer folgt dieser Ausschlußempfehlung? — Das ist die Mehrheit.

Wir kommen jetzt zu Ziff. 6 in der Ausschlußempfehlungsdrucksache 670/1/75. Wer stimmt zu? — Das ist die Mehrheit.

Der Antrag des Landes Baden-Württemberg in Drucksache 670/5/75 ist zurückgezogen.

Wir stimmen jetzt ab über den Fünfländerantrag in Drucksache 670/9/75, der bezweckt, daß der **Aufwertungsausgleich in verminderter Höhe** weiter gewährt wird. Wer folgt diesem Antrag? — Das ist die Mehrheit.

Antrag des Landes Niedersachsen in Drucksache 670/2/75. Wer stimmt zu? — Das ist einstimmig.

Ziff. 7 in der Ausschlußempfehlungsdrucksache 640/1/75, mit der der **Körperschaftsteuersatz für Sparkassen, Kreditgenossenschaften und andere** auf einheitlich 41 v. H. festgesetzt werden soll. Wer stimmt zu? — Das ist auch einstimmig, wenn ich richtig sehe.

Antrag der Länder Baden-Württemberg und Bayern in Drucksache 670/8/75. — Das ist die Mehrheit.

Ziff. 8 der Ausschlußempfehlungsdrucksache 670/1/75! — Einstimmig.

Ziff. 9 der Ausschlußempfehlungsdrucksache 670/1/75. Diese Empfehlung zielt auf eine Streichung des im Haushaltsstrukturgesetz enthaltenen Vorhabens ab, die **Kosten des Kindergeldes** für den **öffentlichen Dienst in Ländern und Gemeinden** vom Bund auf die Länder und Gemeinden zu verlagern. Wer stimmt dieser Ausschlußempfehlung zu? — Einstimmig.

Ziff. 10 der Ausschlußempfehlungsdrucksache 670/1/75. Wer will zustimmen? — Das ist die Mehrheit.

Ziff. 11 der Ausschlußempfehlungsdrucksache 670/1/75. — Einstimmig.

Der Bundesrat hat — zusammenfassend — **beschlossen**, zu dem Gesetz die **Einberufung des Vermittlungsausschusses** gemäß Artikel 77 Abs. 2 GG aus den soeben angenommenen Gründen **zu verlangen**. Die Abstimmung über den Entschließungsantrag des Landes Baden-Württemberg in Drucksache 670/4/75 wird bis zum Abschluß des Vermittlungsverfahrens zurückgestellt.

Damit ist die Tagesordnung abgewickelt. Die **nächste Sitzung** findet, wie schon bekannt, am Freitag, 28. November 1975, vormittags 9.30 Uhr, statt. Ich schließe die Sitzung.

(Ende der Sitzung 12.10 Uhr)

(B)

(D)

Berichtigung

425. Sitzung

Auf Seite 319 D ist im letzten Absatz 8. und 9. Zeile von oben das Wort „typisches (typisch)“ durch das Wort „tückisches (tückisch)“ zu ersetzen.

Im übrigen sind Einsprüche gegen den Bericht über die 425. Sitzung nicht eingelegt worden; damit gilt der Bericht gemäß § 34 der Geschäftsordnung als genehmigt.

BUNDESRAT

Bericht über die 426. Sitzung

Bonn, den 21. November 1975

Tagesordnung

Zur Tagesordnung	351 A	Frau Griesinger (Baden-Württemberg)	366 A
Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur (Haushaltsstrukturgesetz — HStruktG) (Drucksache 670/75, zu Drucksache 670/75)	351 A	Gaddum (Rheinland-Pfalz)	367 A
Prof. Dr. Halstenberg (Nordrhein-Westfalen), Berichterstatter	351 B	Präsident Osswald	369 D, 371 B
Dr. Stoltenberg (Schleswig-Holstein)	352 A, 369 D	Prof. Dr. Halstenberg (Nordrhein-Westfalen)	372 C
Dr. Apel, Bundesminister der Finanzen	357 D, 371 C	Beschluß: Anrufung des Vermittlungsausschusses	374 C
Koschnick (Bremen)	362 D	Nächste Sitzung	374 C

Verzeichnis der Anwesenden**Vorsitz:**

Präsident Oswald,
Ministerpräsident des Landes Hessen

Schriftführer:

Kiesl (Bayern)
Prof. Dr. Halstenberg (Nordrhein-Westfalen)

Baden-Württemberg:

Frau Griesinger, Arbeits- und Sozialminister

Bayern:

Kiesl, Staatssekretär im Staatsministerium des
Innern
Meyer, Staatssekretär im Staatsministerium der
Finanzen

Berlin:

Stobbe, Senator für Bundesangelegenheiten

Bremen:

Koschnick, Präsident des Senats, Bürgermeister
Willms, Senator für Bundesangelegenheiten

Hamburg:

Klose, Präsident des Senats, Erster Bürger-
meister
Steinert, Senator, Bevollmächtigter der Freien
und Hansestadt Hamburg beim Bund

Hessen:

Dr. Günther, Minister der Justiz und Bevoll-
mächtigter des Landes Hessen beim Bund

Niedersachsen:

Hellmann, Minister für Bundesangelegenheiten

Nordrhein-Westfalen:

Kühn, Ministerpräsident
Prof. Dr. Halstenberg, Finanzminister
Dr. Hirsch, Innenminister
Frau Donnepp, Minister für Bundesangelegen-
heiten

Rheinland-Pfalz:

Gaddum, Minister der Finanzen

Saarland:

Prof. Dr. Schön, Minister der Finanzen
Dr. Wicklmayr, Minister für Rechtspflege und
Bevollmächtigter des Saarlandes beim Bund

Schleswig-Holstein:

Dr. Stoltenberg, Ministerpräsident
Dr. Schwarz, Justizminister

Von der Bundesregierung:

Dr. Apel, Bundesminister der Finanzen
Logemann, Parl. Staatssekretär beim Bundes-
minister für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten
Zander, Parl. Staatssekretär beim Bundesmini-
ster für Jugend, Familie und Gesundheit
Dr. Schüler, Staatssekretär, Chef des Bundes-
kanzleramtes
Dr. Hartkopf, Staatssekretär im Bundesministe-
rium des Innern
Eicher, Staatssekretär des Bundesministeriums
für Arbeit und Sozialordnung